



Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig

Die stabilisierte Mitte Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014

Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler

UNIVERSITÄT LEIPZIG

Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und
Demokratieforschung der Universität Leipzig (KReDo i.G.)

Impressum

© Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler

Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung

UNIVERSITÄT LEIPZIG



Dieses Material steht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung – Nichtkommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International. Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

Diese Datei kann bei Namensnennung der Autoren Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler ohne Bearbeitung zu nicht kommerziellen Zwecken vervielfältigt und weiterverbreitet werden.

Lektorat: Barbara Handke – www.centralbuero.de

Satz und Layout: behnelux gestaltung, Halle (Saale)

Leipzig 2014

Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig

Die stabilisierte Mitte Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014

Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler

UNIVERSITÄT LEIPZIG

Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und
Demokratieforschung der Universität Leipzig (KReDo i.G.)

Inhaltsverzeichnis

I. Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig – Die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen (2002–2012)	7
II. Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus	15
III. Die Untersuchung 2014	27
IV. Zusammenfassung – Die stabilisierte Mitte	59
V. Diskussion – Sekundärer Autoritarismus, autoritäre Aggression und starke Wirtschaft	65

Einleitung

Seit 2002 führt die Arbeitsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker an der Universität Leipzig die „Mitte“-Studien durch.¹ Alle zwei Jahre fanden seitdem Repräsentativerhebungen statt, die 2007/2008 durch eine Gruppendiskussionsstudie ergänzt wurden. Mit den „Mitte“-Studien steht eine in ihrer Art einmalige Langzeitdokumentation zur politischen Einstellung in Deutschland zur Verfügung, die insbesondere die antidemokratische, rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf abbildet.

Mit der vorliegenden „Mitte“-Studie wird das rechtsextreme Einstellungspotential in Deutschland zum siebten Mal seit 2002 dokumentiert. Zunächst werden in Kapitel I und II die Ergebnisse und theoretischen Implikationen der bisherigen Studien zusammengefasst und erweitert. In Kapitel III werden die Ergebnisse der „Mitte“-Studie 2014 vorgestellt, die im abschließenden Kapitel IV zusammengefasst und im Kapitel V abschließend diskutiert werden. Frau Barbara Handke hat als Lektorin zum Gelingen des Buches wesentlich beigetragen; für ihre kritische Lektüre und wichtigen Anregungen sind wir ihr zu großem Dank verpflichtet. Unser Dank gilt auch bei dieser Studie wieder Frau Gabriele Schmutzer, für ihre kompetente und engagierte Unterstützung und Beratung und Frau Stefanie Demmel für den aufmerksamen Satz unseres Textes.

1 Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig wurden von 2006 bis 2012 in Kooperation mit dem Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt.

I. Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig – Die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen (2002–2012)

Die Mitte und der Extremismus

Noch bis in die 1920er-Jahre wurde die Bedrohung der demokratischen Gesellschaft vor allem von rechts wahrgenommen. Das veränderte sich mit der Russischen Revolution, denn nun empfand man neben den restaurativen, konservativ-monarchistischen Parteien auch die sozialistischen Bewegungen als Gefährdung – die Demokratie schien demnach von den beiden sich gegenüberliegenden politischen Rändern der Gesellschaft angegriffen zu werden. Das Aufkommen der faschistischen Bewegungen jedoch führte dazu, dass von den Angehörigen eines bis dahin als des Extremismus unverdächtig geltenden sozialen Milieus eine massive Gefahr für die Demokratie ausging. Der US-amerikanische Soziologe Seymour Lipset ergänzte daher die Unterscheidung zwischen Links- und Rechtsextremismus um einen Extremismus der „Mitte“ (center, middle class): „Die klassischen faschistischen Bewegungen stellen den Extremismus der Mitte dar“ (Lipset 1959). Diese Vorstellung teilten auch andere Fachvertreter, wie zum Beispiel der deutsche Soziologe Theodor Geiger, der von einer „Panik im Mittelstand“ sprach (Geiger 1930). Lipset allerdings führte als einer der ersten – neben den für die weitere Forschung so maßgeblichen *Studies in Prejudice* der Berkeley Group um Theodor W. Adorno – eine Untersuchung auf empirischer Grundlage durch. Seine Sekundärauswertung des Wahlverhaltens in Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, den USA und Argentinien führte zu einem bis heute bekannten Befund: sowohl am rechten und linken Rand, als auch in der Mitte des politischen Spektrums gibt es jeweils eine spezifische Art der Radikalisierung, oder eben des Extremismus. Die extrem rechten (monarchistisch-konservativen) und die

extrem linken (sozialistischen) Positionen waren schon länger bekannt, doch Lipset fand im Faschismus einen Extremismus der Mitte. Der deutsche Soziologe Jürgen Falter bestätigte für Deutschland und die Wählerschaft der NSDAP diesen Befund (Falter 1981). Auch die Studien zum Autoritären Charakter kamen zu dem Schluss, dass die Bedrohung der demokratischen Gesellschaft von der Mitte der Bevölkerung ausgehe, denn faschistisches Gedankengut und autoritäre Einstellung ließen sich schon damals über die gesamte Breite der Gesellschaft nachweisen (Adorno et al. 1950). Der Befund provoziert bis heute, zeigt er doch, dass die Idee von der gesellschaftlichen Mitte als Garant der Demokratie und des sozialen Ausgleichs eine Fiktion ist.

Und so stellt sich die dringliche Frage, welches Potential diese Bedrohung der Demokratie aus der „Mitte“ der Gesellschaft in der Gegenwart hat. Kann es zum Aufkommen einer neuen faschistischen Bewegung kommen? Würde sie Unterstützung bei der Bevölkerung finden? In ganz Europa ist seit einigen Jahren zu beobachten, dass sich Parteien etablieren, die gemeinhin als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden. An diesem Begriff ist zumindest richtig, dass diese Parteien, wie schon die Parteien des europäischen Faschismus der Zwischenkriegszeit, Ideologieelemente des Rechtsextremismus aufgreifen. Das aber sollte nicht zu falschen Schlussfolgerungen führen, denn eine zum Rechtsextremismus klar abgrenzbare exklusive ideologische Position hat der „Extremismus der Mitte“ nicht. Schon Lipset und Geiger kennzeichneten ihn weniger durch die besonderen ideologischen Inhalte der radikalisierten Mitte, sondern durch die gesellschaftliche Lage der Anhängerschaft faschistischer Parteien. Ersteres, die Ideologie, war schon immer durch eine radikalisierte Vorstellung der Ungleichwertigkeit von Menschen geprägt und gleicht damit dem, was wir als Bindeglied des Rechtsextremismus ausmachen. So paradox es klingen mag: Der Extremismus der gesellschaftlichen Mitte findet seinen Ausdruck in rechtsextremen Positionen.

Der europäische Integrationsprozess und die Modernisierungs- und Transformationsbrüche, die er mit sich bringt, wie die sogenannte Eurokrise, scheinen dabei in vielen Ländern Katalysatoren für rechtspopulistische Bewegungen in der Mitte zu sein. Das Spektrum reicht von eher „bürger-

lich“-konservativ auftretenden Parteien wie der *United Kingdom Independent Party* im Vereinigten Königreich bis hin zu unverhohlenen faschistisch auftretenden Parteien wie der *Goldenen Morgenröte* in Griechenland. Insofern ist die Frage, welche Resonanz die Ungleichwertigkeit propagierenden Positionen heute in der bundesdeutschen Bevölkerung haben, von ungebrochener Aktualität.

Einflussfaktoren

Die „Mitte“-Studien bieten neben dem Monitoring auch immer eine theoretische Analyse der Befunde. Das hat einen einfachen Grund: Um der Entstehung der rechtsextremen Einstellung politisch begegnen zu können, müssen die Einflussfaktoren verstanden werden. In der Vergangenheit wurden so bereits zahlreiche Erklärungen gewonnen. Beispielsweise hat sich die relative soziale und politische Deprivation als eine relevante Ursache erwiesen. So steht die Erwartung der von uns Befragten, keinen Einfluss auf relevante politische Entscheidungen zu haben, oftmals genauso hinter einer rechtsextremen Einstellung wie das Gefühl, im Leben auf sich selbst gestellt zu sein (Decker & Brähler 2006). Auch stellten wir fest, dass die Fähigkeit, mit belastenden Lebensereignissen umzugehen, ein Schutzfaktor gegen antidemokratische Einstellung ist. Die mangelnde Resilienz des Erwachsenen wird aber ebenso wie das politische und soziale Deprivationserleben durch die Erfahrung eines autoritären und antidemokratischen Erziehungsstils in der Kindheit wesentlich verantwortet (Decker et al. 2012 a).

Jene autoritäre Erziehung, welche für die *Studien zum Autoritären Charakter* namensgebend war (Adorno et al. 1950), ist noch heute anzutreffen. Über die Generationen lässt sich zwar eine deutliche Veränderung im Erziehungsstil feststellen – die körperliche Gewalt nimmt ab, die Vermittlung von Wärme und Nähe zu –, aber körperliche Gewalterfahrungen im Elternhaus gibt es noch immer. Bis in die jüngere Generation hinein ist der Effekt dieser Erfahrung auf die Gewaltbereitschaft und die antidemokratische Einstellung nachweisbar. Der Typus eines postautoritär-destruktiven Charakters (Decker et al. 2008) ist das Ergebnis willkürlich ausgeübter Gewalt durch Eltern, die schlagen, weil sie die Stärkeren sind. Die Erfahrung der

legitimen Gewalt des Stärkeren, als Kind gemacht, bricht sich gegenüber Schwächeren und Randgruppen beim Erwachsenen Bahn. Für die destruktive Wirkung des autoritären Erziehungsstils sind zahlreiche Belege gefunden worden. Doch in einer Zeit, in der die Erfahrung von körperlich ausgeübter erzieherischer Gewalt zum Glück nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme ist, stoßen wir auf einen anderen verstörenden Befund: gleichzeitig mit der Abnahme körperlicher Gewalt in der Kindheit, nimmt bei der Mehrzahl der Menschen das Gefühl der Überforderung zu (Decker et al. 2012 a). Zwar werden die Regeln der Gesellschaft nicht mehr mit repressiver Gewalt durchgesetzt, aber die Eltern scheinen ihre Kinder auch immer weniger gegenüber der permanenten Leistungsanforderung der Gesellschaft schützen zu können. Dieses Durchschlagen von gesellschaftlichen Forderungen in den privaten Raum der Familie scheint selbst eine neue Form der autoritären Vergesellschaftung zu sein – einer, die ohne jene Autorität auskommt, die in der patriarchalen Familienstruktur bis spät ins 20. Jahrhundert hinein vom Vater repräsentiert wurde (Horkheimer 1936). Herbert Marcuse nahm diese Entwicklung in den 1960er-Jahren prognostisch vorweg (Marcuse 1963), und in Anlehnung an seine Analyse gaben wir unserem empirischen Befund die Bezeichnung „Veralten des Autoritären Charakters“ (Decker 2010). Dass sich mit dem Ende der körperlichen Gewalt als Erziehungsmittel keinesfalls das Ende der Gewalt in der Gesellschaft realisiert hat, ist aus etlichen Befunden der Sozialpsychologie (Keupp et al. 2002) und Sozialphilosophie (Neckel 2005) ersichtlich. Veraltet ist der Autoritäre Charakter nämlich nicht in dem Sinne, dass er obsolet geworden wäre, sondern indem die gesellschaftliche Gewalt nun nicht mehr vom Vater vollzogen wird. Jedes Kind, das in diese Gesellschaft hineinwächst, und jeder Erwachsene, der in ihr lebt, muss lernen, auf seine Wünsche und Erwartungen zu verzichten oder sie mit den Anforderungen in Deckung zu bringen, die an Gesellschaftsmitglieder gestellt werden. Das Allgemeine – die Gesellschaft und ihre Anforderungen – setzt sich noch immer auf Kosten des Besonderen – des Individuums und seiner Bedürfnisse – durch. Auch wenn den meisten keine körperliche Züchtigung mehr droht, verzichten weder Kinder noch Erwachsene *freiwillig* auf ihre individuellen Wünsche und Erwartungen. Verzicht und Disziplin müssen weiterhin eingeübt

werden, was sich beispielsweise im Schulalltag zeigt, wo die erste Stunde unabhängig von den unterschiedlichen Zeitrhythmen der Menschen schon am frühen Morgen beginnt.

An dieser Stelle geht es nicht um die Legitimität der Forderung nach Disziplin, sondern darum, sie als gewaltvoll anzuerkennen. Im Falle der Abweichung von der gesellschaftlich gesetzten Norm stehen auch heute Instrumente zur Sanktion zur Verfügung. Selbst wenn man die Maßnahmen mit Blick auf das gesellschaftliche Funktionieren gut heißen will, ließe sich nicht leugnen, dass der „heimliche Lehrplan“ (Jackson 1975) der Schulen oder die Sanktionsmöglichkeiten für Transferleistungsempfänger eine beständige Anerkennung der die Gesellschaft beherrschenden Rationalität verlangen.

Es versteht sich von selbst, dass der Gegenwartsgesellschaft nicht damit geholfen wäre, wenn Schüler, Schülerinnen und Erwachsene die Regeln nur unter Aufsicht einhielten. Eine Gesellschaft, in der bildlich gesprochen vor jeder Tür ein Polizist steht, wäre funktionsunfähig. Damit konnte man jene bürokratisch-autoritäre Gesellschaft in der Bundesrepublik der 1950er- und 1960er-Jahre oder eine Kommandowirtschaft wie in der DDR betreiben. Doch die Anforderungen an das Individuum in der Gegenwartsgesellschaft sind andere: Auf allen Ebenen muss es sich selbst disziplinieren. Und tatsächlich funktionieren die Menschen danach. Die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder haben zum Erfolg des Projekts eines „unternehmerischen Selbst“ maßgeblich beigetragen (Bröckling 2007). Die Außengeleitetheit und das enge Gehäuse des Leistungsdrucks werden von den wenigsten Menschen bewusst als solche erfahren – doch erfahren, oder besser: erlitten werden sie in der Breite. Die Zunahme der Krankentage infolge von Burn-Out und Depression geben über die gestiegenen Leistungsanforderungen beredete Auskunft (Ehrenberg 1998; Rosa 2005; King 2011).

Für unser Jahrzehnt hat Wilhelm Heitmeyer im Rückblick auf die Bielefelder Studie „Deutsche Zustände“ vom „entsicherten Jahrzehnt“ gesprochen (Heitmeyer 2012). Damit hat er keinesfalls nur die Lage derjenigen beschreiben wollen, die durch das soziale Netz des Wohlfahrtsstaats fallen. Für den Einfluss auf die politische Einstellung ist auch nicht relevant, dass die soziale

Deklassierung *individuell* erfahren wird. Es reicht in der Regel aus, die Instrumente zu sehen, um darauf zu achten, nicht näher mit ihnen in Kontakt zu kommen. Nicht umsonst sprechen die Sozialpsychologen von einer *relativen* Deprivation, wollen sie die prekäre Lage der Menschen beschreiben (Weißmann & Decker 2010).

Wenn nun aber die Vermittlung der gesellschaftlichen Gewalt ohne die Präsenz einer sichtbaren und konkreten Autorität auskommt, wie wird dann für die Unterwerfung entschädigt? Man muss sich an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass die Unterwerfung unter den Vater in der patriarchalen Gesellschaft nicht allein durch Gewalt funktionierte. Zumindest den Söhnen wurde die Teilhabe an der Macht und den Möglichkeiten des Vaters in Aussicht gestellt. Die Größe des Vaters war somit nicht nur Bedrohung, sondern auch Versprechen. An seiner Macht konnten die Söhne teilhaben – ihn beerbend in der Phantasie und vielleicht in der Realität. Das Fehlschlagen dieses Versprechens führte mit dem Untergang des Deutschen Kaiserreiches am Ende des Ersten Weltkrieges zur Stärke der faschistischen Bewegungen (Adorno et al. 1950). Dem nicht ganz unähnlich scheint die Situation einer Generation junger Männer in Ostdeutschland zu sein: Ihre Unterwerfung unter die Zwangsapparatur der DDR hat sich nicht gelohnt, und die Wut darüber führt zum Ressentiment und zur autoritären Aggression. Sind es im Westen die Männer der Geburtsjahrgänge vor 1940, die das größte rechtsextreme Einstellungspotential zeigen, finden wir es im Osten bei den jungen Männern der Geburtsjahrgänge nach 1970 (Decker, Kiess & Brähler 2013 a).

II. Narzisstische Plombe und Sekundärer Autoritarismus

Max Horkheimer, bis Anfang der 1970er-Jahre Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung und damit an maßgeblicher Stelle am Zustandekommen der Studien des Instituts beteiligt, stellte fest, dass zweierlei für den Begriff „Autorität“ gelte. Bereits in der Studie „Autorität und Familie“ hieß es erstens: „„Autoritär‘ ist in diesem Band im Sinne von autoritätsbejahend (...) gebraucht (...)“ (Horkheimer 1936, 332). Zweitens sah Horkheimer die Autorität als Kennzeichen der gesamten menschlichen Geschichte an, der „Herrschaft des Menschen über den Menschen“ (Horkheimer 1936, 357). Für Horkheimer war nicht nur klar, dass die Familie zu Anfang des 20. Jahrhunderts die Empfänglichkeit für die autoritäre Dynamik anlegte. Genauso klar war ihm auch, dass es nur eine Möglichkeit war, die Funktionsweise einer autoritären Gesellschaft durch die Eltern zu vermitteln – keinesfalls die einzige und schon gar nicht die erste in der Geschichte. Wenn Autorität mit „Herrschaft“ gleichzusetzen ist, dann ist der autoritäre Vater bloß der historische Sonderfall. „Die ganze politische, religiöse und philosophische Literatur der Neuzeit ist vom Lobpreis der Autorität, des Gehorsams, des Opferwillens, der harten Pflichterfüllung durchsetzt“ (Horkheimer 1936, 380).

Um die autoritäre Dynamik zu verstehen, hoffte Horkheimer auf Antworten der „modernen Tiefenpsychologie“ und dachte an die damals noch junge Psychoanalyse Sigmund Freuds (ebd.). Heute, da der Tiefenpsychologie weder ihres Alters noch ihrer gesellschaftlichen Anerkennung wegen das Attribut „modern“ gegeben würde, ist es ein gewagtes Unterfangen, Horkheimers Hoffnung zu teilen. Doch ganz unbegründet ist sie nicht. Auch wenn die Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung manches, was eben

noch innovativ war, bereits als restlos überholt erscheinen lässt, gilt für die Gesellschaft als Ganzes eher Bruno Latours Diktum „Wir sind nie modern gewesen“ (Latour 1998). Dass die Moderne ein weit zurückreichendes Erbe verwaltet, haben auch wir ihm Rahmen der „Mitte“-Studien bereits zur Erklärung herangezogen: spätestens das rassistische Ressentiment bezeugt, wie tief die Gegenwart in ihrer Vorzeit wurzelt (Decker & Kiess 2013). Wollen wir also die Integration in eine autoritäre Gesellschaft verstehen, wenn keine personelle Autorität auszumachen ist, können wir bei demselben Autor nach einer Antwort suchen, von dem schon Horkheimer Auskunft erhoffte.

Für Sigmund Freud, den Begründer der Psychoanalyse, zählte zu den zentralen Fragen, was Individuen an eine Gruppe oder in eine Masse bindet. Das Ergebnis einer solchen Massenbindung hat er klar vor Augen, und seine Beschreibung liefert uns Hinweise auf die Autorität der Gegenwart, denn seine Kennzeichen der Masse sind uns aus den politischen Bewegungen eines organisierten Extremismus der Mitte nur allzu vertraut: sie sei „intolerant und autoritätsgläubig“, „respektiert die Kraft“ und verlange „Stärke“ und „Gewalttätigkeit“ (Freud 1921, 83). Auch wenn Freuds Titel „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ auf den ersten Blick den Eindruck vermittelt, es gäbe so etwas wie eine Massenpsyche, erteilt er dieser Idee eine klare Absage (Freud 1921). Das Bindeglied der Masse muss aus einem anderen Kitt bestehen, und Freud identifiziert ihn in gemeinsamen Idealen, mit welchen alle Mitglieder der Gruppe identifiziert sind und die sie als Gruppe konstituieren. Das „Ideal“ darf man an dieser Stelle nicht als einen positiv bewerteten oder moralischen Inhalt verstehen, den alle Beteiligten für gut und richtig befinden. Das Ideal der Masse ist vielmehr ein Führer, der von allen Mitgliedern verehrt wird – und zwar so intensiv, dass ihn die Mitglieder zu einem wesentlichen Teil ihrer Identität machen. Die Ein- und Unterordnung in die Gruppe hat entlastende Funktion: „Im Gehorsam gegen die Autorität darf man sein früheres ‚Gewissen‘ außer Tätigkeit setzen und dabei den Lockungen (...) nachgeben (...)“ (Freud 1921, 92). Mehr noch: Auch die Mühsal der Realitätsprüfung kann gelockert werden, und je stärker die Bindung an die Autorität, desto schwächer jene an die Realität. Die Wirklichkeit kann dann den eigenen Wünschen, Bedürfnissen und

Nöten entsprechend verzerrt wahrgenommen werden. Erich Fromm verstand die Autorität als „Prothesen-Sicherheit“, also als stabilisierende und selbstwertregulierende Funktion (Fromm 1936, 179). Georg Simmel wies nicht nur auf die Freiwilligkeit, sondern auch auf die Suche nach Unterwerfung unter eine Autorität hin (Simmel 1908). Diese Gratifikation funktioniert als Entlastung, als „narzißtische Ersatzbefriedigung“ (Fromm 1936, 179), denn in der Masse können „die Wünsche nach Größe und Macht in der Realität befriedig(t)“ werden (Fromm 1936, 179).

Freuds Massenpsychologie ist erkennbar in die Sozialpsychologie des Autoritären Charakters eingegangen. Ein Element jedoch blieb außen vor, denn die Gesellschaft, unter deren Eindruck die *Studien zum Autoritären Charakter* verfasst wurden, war bis in die kleinste ihrer Verzweigungen nach dem Führerprinzip organisiert. Eine weitere Differenzierung der Massenbildung tat daher keine Not. Uns aber beschäftigt genau diese scheinbare *Autoritätslosigkeit* bei gleichzeitiger autoritärer Dynamik. Zum Ende seiner Abhandlung zur Massenpsychologie kommt Freud auf eine Unterscheidung zu sprechen, die er sich für weitere Untersuchungen aufhob. Sie schien, so schreibt er 1921, an Bedeutung zu gewinnen. Die Rede ist von der Unterscheidung zwischen einer „primären Masse“, wie Freud sie durch einen Führer als Autorität gegeben sah, und einer „sekundären Masse“, die durch eine scheinbare Leerstelle auffällt: An die Stelle eines Führers ist eine unpersönliche Autorität getreten, eine Theorie oder ein abstraktes Ideal. Freud spricht von einem „gleichsam sekundären Führer“ (Freud 1921, 110), und das Wörtchen „gleichsam“ ist sicherlich mit Bedacht gesetzt. Bei diesen Massen ist kein Führer mehr vorhanden, und doch verhalten sich die Mitglieder gleichsam, als gäbe es ihn. Sie agieren wie eine autoritär organisierte Masse und zeigen im Kontakt mit anderen Gruppen jene Abwertungstendenzen, die auch die autoritär gebundene Masse kennzeichnet. Auch wenn sich der Begriff verändert hat – heute spricht man bei der Abwertung der anderen von *othering* –, ist der Vorgang noch immer derselbe.

Konstituieren sich Gruppen über eine sekundäre Autorität, bedürfen sie also keines primären Führers, sind sie in Freuds Sinne eine sekundäre Masse. Haben wir es also möglicherweise mit einem *sekundären Autoritarismus* zu tun? Mit einer autoritären Orientierung, die zunächst nicht ins Auge fällt,

weil scheinbar fehlt, was doch ihr hervorstechendes Merkmal sein sollte: die personelle Autorität? Freud hatte diesen Verdacht und es gibt gute Gründe, ihm nachzugehen.

Der Zusammenhang von Deprivation und rechtsextremer Einstellung wird immer wieder beschrieben und ist in empirischen Untersuchungen wiederholt bestätigt worden. Die Zunahme rechtsextremer Einstellung in Deutschland, aber auch in den europäischen Nachbarländern (Heitmeyer 2010; Küpper & Zick 2010; Decker et al. 2012 b) wird dabei in einen Zusammenhang mit einem erfahrenen oder drohenden sozialen Abstieg gebracht. Damit wird gleichzeitig das Integrationspotential ökonomischer Teilhabe beschrieben, bzw. umgekehrt der Legitimationsverlust der Gesellschaft, wenn diese Teilhabe ausbleibt (Heitmeyer & Endrikat 2008). Dass dieser Legitimationsverlust vor allem von ressentimentgeladenen Ideologien begleitet wird, ist auffällig, und ganz gleich, ob sie als Faschismus, Rechtsextremismus oder Autoritarismus gemessen werden (Feldman & Stenner 1997; Cohrs & Ibler 2009), hängt die Deprivationserfahrung stets mit dieser destruktiven Abwendung von den Grundlagen eines demokratischen Miteinanders und der Anerkennung des anderen zusammen. Der Zusammenhang gilt als gesichert und prägt die Forschung zum Rechtsextremismus insbesondere in Deutschland seit etlichen Jahren (Heitmeyer 1994; Endrikat et al. 2002; Schmidt, Maes & Gollwitzer 2003). Es ist also kein Wunder, wenn die Deprivation als „key concept of social psychology“ angesehen wird (Pettigrew 2001).

Ein großes Manko besteht aber in der theoretischen Diskussion: Mit dem Befund allein ist der empirische Zusammenhang von ökonomischer Krise und autoritärer Dynamik weder erklärt noch verstanden. Die Bevölkerung muss eine gesellschaftliche Entwicklung „als bestandskritisch erfahren und ihre soziale Identität bedroht fühlen, erst dann können wir von Krise sprechen“ (Habermas 1973, 12). Alltagssprachlich ließe sich das so übersetzen: Wenn keiner es mitbekommt, gibt es keine Krise. Grund dafür ist, dass die gesellschaftliche Realität durch Subjekte vermittelt wird. Aber wie muss es um die soziale Identität dieser Subjekte bestellt sein, dass sie wirtschaftliche Krisen als Bedrohung wahrnehmen? Anders gefragt: Wie muss es um das Ideal bestellt sein, welches der Gruppe die Identität stiftet? Warum gibt

es nicht nur eine Deprivation, die „individual“ erfahren wird, sondern auch „fraternal“, also als Deprivation der Peer Group (Runciman 1966)?

Die *Studien zum Autoritären Charakter* haben einen Schritt in Richtung der Beantwortung dieser Fragen getan: Für die erfahrene eigene Unterwerfung will man mit harter Münze bezahlt werden, mit der Teilhabe an der gesellschaftlichen (und damit nicht zuletzt ökonomischen) Macht der Autorität. Bleibt diese Rechnung unbeglichen, richtet sich der destruktive Impuls unter anderem auf die Zeugnisse jener Kultur, welche die Unterwerfung einforderte.

Mit der paradigmatischen Verschiebung in der *scientific community* im Zuge des *cognitive turns* haben allerdings nicht nur die dem Autoritären Charakter zugrunde liegenden psychoanalytischen Annahmen zur gewaltvollen Vergesellschaftung, sondern auch die verstehende Sozialforschung scheinbar ihre Legimitationsgrundlage verloren. Zwar finden die empirischen Befunde der Studien bis heute Bestätigung, firmieren aber unter dem Namen Autoritarismus. Der „Autoritäre Charakter“ scheint so veraltet wie die Psychoanalyse als Sozialisations- und Persönlichkeitstheorie.

Zum Verständnis von Gruppengeschehen, Vorurteilen und Intergruppenkonflikten wurde seit dem *cognitive turn* stärker auf Prozesse der Informationsverarbeitung gesetzt, das heißt, es wurde auf Modelle der Sozialkognition zu Gruppen und zum Gruppengeschehen zurückgegriffen (Mummendey 1985). Nachdem grundsätzliche Modifikationen des *Realistischen Gruppenkonflikts* nach Sherif & Sherif (Sherif & Sherif 1965) hin auf ein Verständnis von Gruppenprozessen als Ergebnis reiner Kategorisierung notwendig geworden waren (Tajfel & Turner 1979), kam es zu immer neuen Veränderungen der Theorie. Diese sind nicht einfach nur einem Zuwachs an Wissen geschuldet, sondern stellen empirische und theoretische Ergänzungen dar, die aus anderer theoretischer und methodischer Perspektive, aber mit Blick auf dasselbe Phänomen gewonnen wurden. So gingen bei Tajfel und Turner motivationale Annahmen in ihre *Soziale Identitätstheorie* ein, einschließlich der Idee eines Bedürfnisses nach positiver (Gruppen-)Identität. Demnach sind sowohl Fremdgruppenabwertung als auch Eigengruppenaufwertung Ergebnisse dieses Bedürfnisses, denn zur seiner Befriedigung bedarf es einer Relation. Nur um den Preis der Abwertung anderer, kann die eigene Gruppe und damit ihre Mitglieder an (Selbst-)Wert gewinnen (Zick

1996). Die *Terror Management Theory* (TMT) erweiterte zuletzt die Annahme eines solchen Bedürfnisses unter Rückgriff auf die neo-psychoanalytische Vorstellung eines grundlegenden Bedürfnisses nach Selbstwert, wie von Karen Horney und Theodor Rank formuliert. Der TMT nach Greenberg et al. zufolge ist auffallend, dass die Erfahrung des positiven Selbstwertes umso intensiver gesucht wird, je mehr das Wissen um die eigene Sterblichkeit ins Bewusstsein tritt. In anderen Worten: unter Mortalitätssalienz wird die Regulation des Selbstwertgefühls handlungsleitend (Greenberg, Pyszczinski & Solomon 1986). Diese und andere Forschungsergebnisse der Kognitionspsychologie zu Vorurteilen, kognitiver Rigidität, Self-Enhancement (Stangor & Thompson 2002), Ego-Involvement (Schultz, Stone & Christie 1997) weisen eine interessante Parallele zur Massenpsyche Freuds, zum Autoritären Charakter und zum Zusammenhang von Deprivation und Rechtsextremismus auf. Wie Jonas und Fritsche experimentell zeigen konnten, ist die Währung, in ihrer Untersuchung konkret die Deutsche Mark, jenes Identifikationsmoment von Kultur, welches von Probanden unter Mortalitätssalienz aufgesucht und höher bewertet wird, als von der Vergleichsgruppe ohne Konfrontation mit der eigenen Sterblichkeit (Jonas & Fritsche 2005). Auch hier geht es um eine Chiffre für Ökonomie und die Bewältigung von Selbstwertbedrohung. Allerdings beschäftigen sich die letztgenannten, sozialkognitiven Erklärungsansätze nicht damit, wie diese individuellen Reaktionen, wie Individualität überhaupt mit der Gesellschaftsformation zusammenhängt. Das war bei den *Studien zum Autoritären Charakter* noch anders, als „critical typology“ (Adorno 1950, 749) standen nicht die Individuen im Fokus, sondern eine Gesellschaft, die solche Individuen hervorbringt.

Zur Beschreibung der individuellen und Gruppenfunktion bei der Herausbildung rechtsextremer Einstellungen unter wirtschaftlich schlechten Bedingungen in Deutschland schlugen wir die Formulierung „Wohlstand als narzisstische Plombe“ vor (Decker et al. 2013 b). Mit dieser Formulierung schlossen wir zum einen an die Zeitdiagnose von Alexander und Margarethe Mitscherlich (1967) an, die in den 1960er-Jahren eine „Unfähigkeit zu trauern“ diagnostiziert hatten, zum anderen an Fritz Morgenthalers Analyse der Funktion von fetischisierten Objekten (Morgenthaler 1974).

Der von Mitscherlich & Mitscherlich verwendete Begriff der Trauer verweist auf die psychoanalytische Theorie und beschreibt die Reaktion auf den Verlust einer Autorität oder des Selbstwerts. Für ein sozialpsychologisches Verständnis der Nachkriegsgesellschaft beschrieben sie eine gelungene Trauerreaktion, etwa die auf den Tod eines geliebten Menschen, in Anlehnung an Sigmund Freud als „(...) ein langsames Ablösen von verlorenen Objektbeziehungen“ (Mitscherlich & Mitscherlich 1967). Eine solche gelungene Trauerreaktion bedeute, „die definitive Veränderung der Realität durch den Verlust des Objekts zu akzeptieren“ (Mitscherlich & Mitscherlich 1967). Von dieser psychoanalytischen Vorstellung über die Reaktion auf einen individuellen Objektverlust schlugen Mitscherlich & Mitscherlich die Brücke zur Gesellschaft. Denn was für den Verlust eines geliebten Menschen gilt, ist auch übertragbar auf den Verlust eines von vielen verehrten Objekts. Trauer in diesem psychoanalytischen Sinn wäre im Nachkriegsdeutschland auch für die Gesellschaft dringend geboten gewesen. Nach Auffassung von Mitscherlich & Mitscherlich ist das Objekt, das das „Kollektiv der Deutschen“ verloren hat, sein Größen-Selbst, das von Hitler als „Führer“ verkörpert worden war. „Als Anlass zur Trauer wirkt (...) vor allem das Erlöschen seiner Repräsentanz als kollektives Ideal. Er war ein Objekt, an das man sich anlehnte (...). Sein Tod und seine Entwertung durch die Sieger bedeutete auch den Verlust eines narzisstischen Selbst und damit eine Ich- oder Selbstverarmung und -entwertung“ (ebd., 34f). Und weiter: „Dieser [Führer trat, Anm. der Autoren] an die Stelle des Ich-Ideals jedes Einzelnen, jenes seelischen Selbstbildes, das von den kühnsten Phantasien über eigene Bedeutung, Vollkommenheit und Überlegenheit (...) gekennzeichnet wird. Indem ich dem Führer folge, verwirkliche ich ein Stück dieses phantasierten Ich-Ideals“ (ebd., 71f).

Somit wiesen die Mitscherlichs auf den Zusammenhang zwischen der Abwehr der narzisstischen Kränkung und dem Wiederaufbau im Nachkriegsdeutschland hin. Der nun eigentlich anzuerkennende Verlust des idealen Größen-Selbst sei durch den Wirtschaftsaufschwung nicht nur überdeckt, sondern auch ersetzt worden. Zudem hätten die Deutschen auch den Vernichtungskrieg und den von Deutschen organisierten Holocaust anerkennen müssen. Allerdings nennen Mitscherlich & Mitscherlich auch

Mechanismen, die den Deutschen ihrer Ansicht nach dabei halfen, dieser Aufgabe zu entgehen, unter anderem den Abzug aller seelischen Energien, mit denen sie Hitler verehrt und ihre „Pflicht“ erfüllt hatten, die Verleugnung der Verbrechen, die Derealisation ihrer Erlebnisse, die Externalisierung der Schuld, zum Beispiel durch das Abschieben auf Hitler oder die Aufrechnung mit fremder Schuld, sowie die Identifizierung mit den Siegern. Man habe sich nur als bedauernswertes und zu Unrecht angeklagtes Opfer gefühlt (Mitscherlich & Mitscherlich 1967). Trifft die Zeitdiagnose von Alexander und Margarete Mitscherlich zu, dann trat an die Stelle des „kollektiven Narzißmus (...), der durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes aufs schwerste geschädigt worden (ist), (...) der wirtschaftliche Aufschwung, das Bewußtsein, wie tüchtig wir sind (...)“ (Adorno 1959, 563/564). Die Demokratie wurde akzeptiert, „weil es einstweilen unter der Demokratie zu gut geht“ (ebd., 559), aber sie wurde nicht gelebt und auch nicht vorgelebt.

Die Metapher von der narzisstischen Plombe reicht aber noch weiter. Die Autorität vermittelt eine „Prothesen-Sicherheit“, wie Erich Fromm bündig feststellte. Hat dann die Wirtschaft nicht nur die Position eines Sicherheit und Selbstwert vermittelnden Objekts eingenommen, sondern ist ein „gleichsam sekundärer Führer“ (Sigmund Freud) geworden?

Das „Wirtschaftswunder“ zur Stabilisierung des Selbstwertes – als „narzisstische Plombe“ – und die starke Wirtschaft als „sekundären Führer“ einzusetzen, das funktionierte wahrscheinlich deshalb so gut, weil diese Verbindung bereits existierte. Ein „Wirtschaftswunder“, darauf hat gerade der Historiker Ulrich Herbert in seiner monumentalen „Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert“ hingewiesen (Herbert 2013), ereignete sich nicht erst im Nachkriegsdeutschland. Vielmehr wurde der Begriff bereits 1936 durch den Ökonom Hans Priester verwendet, um die wirtschaftliche Entwicklung nach der Machtübernahme der NSDAP zu beschreiben (Priester 1936). Priester war kein Parteigänger der Nationalsozialisten, im Gegenteil, er emigrierte im selben Jahr nach London, in dem sein Buch zwar auf Deutsch, aber in einem niederländischen Verlag erschien. In seiner Gesamtschau der deutschen Wirtschaft gebraucht er die Bezeichnung „deutsches Wirtschaftswunder“ in polemischer Absicht, denn für ein Wun-

der hielt er die wirtschaftliche Entwicklung nicht: „Leitmotiv (der Wirtschaft, d. Aut.) war die Stärkung des potential de guerre“ (Priester 1936, 243). Die Rüstungsindustrie stimulierte demnach das Wirtschaftswachstum viel mehr als alle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den ersten Jahren Nazi-Deutschlands es jemals vermocht hätten. Welche Integrationskraft dieser wirtschaftliche Aufschwung hatte, scheint für den Historiker Herbert heute ausgemacht: „Der Begriff des ‚Wirtschaftswunders‘ kam auf und die wachsende Popularität des Regimes und insbesondere Hitlers war darauf zurückzuführen“ (Herbert 2013, 339). Dass die politische Loyalität der Deutschen durch nichts so stark befestigt wurde, wie durch die wirtschaftliche Stabilität, wie Herbert meint (Herbert 2013, 539), ist in Kenntnis der Bedeutung des Antisemitismus für die Deutschen dieser Jahre eine etwas überzogene Interpretation. Zustimmung bezog das Regime sicherlich zu einem nicht geringen Teil aus der Ideologie etwa des „Herrenmenschentums“. Hier ist aber ein anderer Punkt relevant. Seit Priesters Analyse streiten sich Geschichtswissenschaftler, in welchem Umfang es Nazideutschland gelang, ein Wirtschaftswunder zu initiieren. Priester nämlich stellte fest, dass das Wirtschaftswachstum vor allem ein „Boom der Produktionsgüterindustrie“ war (Priester 1936, 306). Anders als in den anderen europäischen Ländern, die sich sukzessive von der Wirtschaftskrise am Ende der 1920er-Jahre erholten, kam der materielle Ertrag des Wunders gerade bei der Bevölkerung nicht an: „Das Volk verarmt. Der Lebensstandard sinkt, weil die Konsumkraft schwindet“ (Priester 1936, 321). Diese Entwicklung stellte im Nachhinein auch der Wirtschaftshistoriker Mark Spoerer fest, als er die Einkommensentwicklung in Nazi-Deutschland der 1930er-Jahre analysierte und zu dem Schluss kam, dass die Kaufkraft kontinuierlich nachließ (Spoerer 2005). Die Menschen konnten immer weniger konsumieren – und versagt blieb über die Jahre häufig schon das Grundlegende, von Luxusgütern ganz zu schweigen. Integriert habe dieses erste deutsche Wirtschaftswunder aber dennoch, nämlich anhand „immaterieller Kollektivgüter“ (Spoerer 2005, 434): Gemeinschaftsgefühl und Nationalstolz. Es gab also einen Führer als ideales Selbstobjekt, restaurierte nationale Stärke – und eine starke Ökonomie. Bis auf die Identifikation damit hatte der Einzelne also wenig Gewinn, aber dafür die Möglichkeit, der autoritären Aggression in einem Vernichtungsfeldzug freien Lauf zu lassen.

Deshalb war es nach dem Krieg so einfach, einen Teil für die Sache selbst zu nehmen: Die Wirtschaft als „gleichsam sekundären Führer“. Dass bedeutet aber auch, dass die Gegenwartsgesellschaft mit ihrem Primat des Ökonomischen einer autoritären Dynamik unterliegt. Und für einen *sekundären Autoritarismus* spricht einiges, zum Beispiel der Stellenwert, der der Wirtschaft bis heute eingeräumt wird. Die Deutschen identifizieren sich, das zeigen auch die Erhebungen des *International Social Survey Programms* seit Jahren, viel stärker als andere Nationen mit ihrer Wirtschaft (Haller & Ressler 2006; Davidov 2009).

Doch die starke Wirtschaft ist nicht nur ein ideales Selbstobjekt, sondern ihr Funktionieren fordert auch, das eigene Handeln an ihrem Primat auszurichten. Demnach geht heute die vermittelnde Gewalt vom Markt aus, wie zuvor von den Eltern, und auch, wenn diese Autorität unpersönlich und ortlos ist, macht das die Gewalt nicht weniger wirkungsvoll. Auf dem Markt muss sich der Einzelne behaupten oder er wird verworfen. Wie schon bei der Anerkennung der Macht des patriarchalen Vaters, entschädigt auch die Identifizierung mit der Stärke der Wirtschaft nicht restlos für die Unterwerfung. Die gewaltvolle Autorität produziert eine große Ambivalenz und vor allem Aggression. Das setzt die autoritäre Dynamik in Gang.

Denn auch gegen diese Autorität kann sich die Aggression nicht richten, dafür ist sie viel zu mächtig. Stattdessen richtet sie sich gegen „Andere“. Angeboten haben sich dafür schon immer Gruppen, die aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft zwei Merkmale erfüllen: sie müssen als schwach wahrgenommen werden und der Phantasie Nahrung geben, sich der gewaltvollen Autorität entzogen zu haben. Sie müssen also erscheinen, als ob sie sich weder in ihren Wünschen den Anforderungen der Autorität fügen, noch mit den Gruppen-Idealen identifizieren. Hierfür bieten sich „Ausländer“ und „Fremde“ an, das Innen entsteht nur durch ein Außen, was aktiv hergestellt werden muss (Erdheim 1985). Aber die Aggression richtet sich nicht gegen Migranten und Migrantinnen an sich. Wie die Gruppendiskussionen im Rahmen der „Mitte“-Studien zeigten, wird vielmehr zwischen den Ausländergruppen unterschieden (Decker et al. 2008): Die „guten Ausländer“ sind einerseits jene, die mit der eigenen Gruppe identifiziert werden, andererseits jene, die einen Mehrwert erbringen, einen

Beitrag leisten. Diejenigen jedoch, die als Bedrohung der Stärke des idealen Selbst-Objekts phantasiert werden, sind beständig von Abwertung bedroht. Das gilt für Migrantinnen und Migranten aus Kulturkreisen, die als fremd und „rückständig“ wahrgenommen werden, und die den Sozialstaat „ausnutzen“. Ferner gilt das aber auch für die Menschen, die zur eigenen Gruppe gehören und doch aus ihr herausfallen: Arbeitslose und Obdachlose erfahren, das belegen die Bielefelder „Deutschen Zustände“, eine noch stärkere Abwertung als Migrantinnen (Heitmeyer 2012).

Dem Faschismus – dem Extremismus der Mitte – der Jahre 1920 bis 1945 lag eine autoritäre Dynamik zugrunde, doch auch heute können wir eine solche Dynamik ausmachen, die wir deshalb den *sekundären Autoritarismus* nennen. Dieser bezieht seine Kraft nicht aus der Identifikation mit einem Führer, also einer personellen Autorität, sondern aus der Identifikation mit der Größe und Stärke der Wirtschaft und der Gewalt des Marktes. Diese sekundäre Autorität kann wie vormals die primäre Autorität den Verzicht auf eigene Wünsche und individuelle Lebensentwürfe einfordern und stellt zur Entschädigung die Teilhabe an seiner Macht in Aussicht. Die Teilhabe kann (muss aber nicht) in konkreter Alimentierung bestehen. Nur schwach darf das Selbst-Objekt des Marktes nicht werden, sonst führt die Wut über die eigene Unterwerfung unter eine versagende Autorität zur Aggression gegen diejenigen, die depriviert sind und doch die Phantasie wachrufen, das schöne Leben ohne Unterwerfung zu haben. Dieser Befund bleibt nicht auf Deutschland beschränkt. Auch in anderen Ländern wird die Integration in die Gesellschaft durch die Anerkennung des Primats und die Autorität der Wirtschaft gefordert. Deutschland ist der „Idealfall“, nicht der Sonderfall der westlichen Industrienationen. Idealfall wird hier nicht als die beste aller Möglichkeiten verwendet, sondern im Sinne Max Webers, des Nestors der Soziologie. Der Idealfall ist jenes Phänomen, an dem eine allgemeine Funktionsweise am klarsten beobachtet werden kann. Die für Deutschland beschriebene Plombenfunktion der starken Wirtschaft und der sekundäre Autoritarismus lassen die Bedeutung und Wirkung auch in anderen Nationen verstehen, in denen der Markt die Institution par excellence ist, an der sich alle orientieren müssen und die alles und alle ihren Regeln unterwirft.

III. Die Untersuchung 2014

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Untersuchung zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland 2014 dargestellt. Zu Beginn gehen wir kurz auf Methodik und Stichprobe der Erhebung ein, geben dann eine Übersicht über die Ergebnisse für den Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung und bereiten die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen (Items) grafisch auf. Außerdem differenzieren wir die Zustimmung in den einzelnen Dimensionen nach soziodemografischen Merkmalen (Ost-/Westdeutschland, Bildung, Geschlecht, Erwerbsstatus, Alter, Parteipräferenz und Kirchenzugehörigkeit) und vergleichen die Ergebnisse von 2014 mit den Daten, die wir in den Erhebungswellen 2002, 2004, 2006, 2008, 2010 und 2012 gewonnen haben, um Erkenntnisse über die rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf zu erhalten.

Eingesetzt wurde der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung in der Leipziger Form, der die rechtsextreme Einstellung in sechs Dimensionen erfasst: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Dabei wurden jeweils drei Aussagen rechtsextremen Inhalts je Dimension vorgelegt, die die Befragten auf einer fünfstufigen Skala von „lehne voll und ganz ab“ bis „stimme voll und ganz zu“ bewerteten (Decker et al. 2013 a). Zusätzlich gehen wir auf die ebenfalls eingesetzten Fragebögen der Bielefelder Studienreihe „Deutsche Zustände“ zur Abwertung von Sinti und Roma, Flüchtlingen und Muslimen ein (Heitmeyer 2012). Abschließend stellen wir die Ergebnisse zusätzlicher Fragebögen zum Autoritarismus (Schmidt, Stephan & Herrmann 1995), zur Demokratie- und zur Europaverbundenheit vor.

Beschreibung der Methodik und der Stichprobe

Die den folgenden Ergebnissen und Berechnungen zugrundeliegende Erhebung ist im Frühjahr 2014 durch das Meinungsforschungsinstitut USUMA (Berlin) im Auftrag der Universität Leipzig durchgeführt worden. Um die Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten, wurde die besiedelte Fläche der Bundesrepublik Deutschland zunächst in Stichprobenflächen (Sample-Points) aufgeteilt. Räumlich überschneidungsfrei definiert, wurden den Sample-Points Haushalte und Einwohner zugeordnet, wobei möglichst homogene und mengenmäßig gleich große Flächen gebildet wurden. Für dieses Vorgehen standen die Stichproben der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Meinungsforschungsinstitute (ADM) zur Verfügung. Das weitere Verfahren ist dreistufig:

Bei der ersten Stufe (Sample-Point-Auswahl) wurden für die Befragung, die von USUMA bundesweit und face-to-face durchgeführt werden sollte, 258 Sample-Points gezogen, davon 210 in den alten und 48 in den neuen Bundesländern. Bei der zweiten Stufe (Random-Route-Verfahren zur Haushaltsauswahl) listeten die Interviewer und Interviewerinnen von einer Startadresse aus jeden 3. Haushalt auf, bis 18 gültige Adressen in Privathaushalten pro Sample-Point identifiziert waren. Bei 258 Sample-Points wurden in der Hauptwelle also insgesamt 4386 Haushalte für die Befragung ausgewählt. Bei der dritten Stufe (Personenauswahl) ermittelten die Interviewer und Interviewerinnen im ausgewählten Haushalt alle Personen, die der Grundgesamtheit der Stichprobe entsprachen, und wählten per vorgegebenem Zufallsverfahren (Schwedenschlüssel) die Zielperson aus, mit der schließlich die Befragung durchzuführen war.

Da nicht nur die Flächenstichprobe, sondern auch die Auswahl der kontaktierten Privathaushalte innerhalb der Flächen und die der dortigen Zielpersonen im Zufallsverfahren getroffen wurde, sind die ADM-Stichproben als repräsentative Zufallsstichproben zu bewerten, die den in der mathematischen Statistik entwickelten Zufallsmodellen genügen. Im Feld wurden erfahrene und geschulte Interviewerinnen und Interviewer eingesetzt, denen für dieses Projekt eine schriftliche Interviewanweisung ausgehändigt wurde. Die Anweisung enthielt neben den Angaben zur Startadresse (Postleitzahl, Ort und Straßename) auch Hinweise zur Vorgehensweise bei der Befragung.

In der ersten Kontaktphase überreichten die Interviewer den Befragten eine ausführliche Datenschutzerklärung und ein offizielles Anschreiben der Universität Leipzig, welches auf den wissenschaftlichen Charakter der Umfrage hinwies. Die Interviewerinnen ermittelten gemeinsam mit den Befragten die soziodemografischen Angaben zur Zielperson und zum Haushalt nach den demografischen Standards des Statistischen Bundesamtes. Danach übergaben sie den Fragebogen. Dieser sollte aufgrund der teilweise sehr persönlichen Angaben eigenständig beantwortet werden, allerdings standen die Interviewer bei Schwierigkeiten beratend zur Verfügung. Zur Wahrung der Anonymität ihrer Angaben hatten die Befragten die Möglichkeit, den ausgefüllten Fragebogen in einem verschlossenen Umschlag an die Interviewenden zurückzugeben. Diese Umschläge wurden erst im Institut geöffnet.

Die Feldphase (10. Februar bis 6. April 2014) gliederte sich in eine Haupt- und in eine Nachfasswelle, wobei in der Hauptwelle alle Sample-Points der Stichprobe eingesetzt wurden. Die schließlich erreichte Ausschöpfungsquote betrug 54,8%. Als Ausfälle zählten die Weigerung des Haushalts (13,9%) und der Zielperson zur Auskunft (15,4%), das viermalige Nichtantreffen von Personen im Haushalt (13,4%) sowie etwaige Krankheiten, Urlaub oder Abwesenheit der Zielperson. Für die folgenden Berechnungen fanden nur Befragte mit deutscher Staatsbürgerschaft Eingang. Die Angaben zur Soziodemografie unserer Stichprobe sind Tabelle 1 zu entnehmen.

Tabelle 1: Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe (nur deutsche Staatsangehörige, 14–91 Jahre)

Alter	Mittelwert: 48,82 Standardabweichung: 17,9	Gesamtgruppe (N=2432)	
		absolut	in %
Altersgruppen	bis 24 Jahre	243	10
	25–34 Jahre	329	13,5
	35–44 Jahre	380	15,6
	45–54 Jahre	468	19,2
	55–64 Jahre	456	18,8
	65–74 Jahre	348	14,3
	ab 75 Jahre	208	8,6
Geschlecht	männlich	1133	46,6
	weiblich	1299	53,3
Familienstand	verheiratet/zusammenlebend	1111	45,7
	verheiratet / getrennt lebend	53	2,2
	ledig	664	27,3
	geschieden	341	14
	verwitwet	261	10,7
Partnerschaft	ja (leben mit Partner)	1381	57,8
	nein (leben ohne Partner)	1008	42,2
Schulabschluss	ohne Abschluss	72	3
	Hauptschule/8. Klasse	850	35
	Mittlere Reife/Realschule	691	28,4
	POS 10. Klasse	221	9,1
	Fachschule	65	2,7
	Abitur/o. abgeschl. Studium	229	9,4
	abgeschl. Hoch-/FH-Studium	241	9,9
	Schüler/in einer allg. Schule	63	2,6
Berufstätigkeit	Vollzeit mit > 35 h/Woche	965	39
	Teilzeit mit 15–35 h/Woche	286	11,8
	Teilzeit mit < 15 h / Woche	63	2,6
	Wehr- /Zivildienst oder Mutterschutz-/Erziehungsurlaub	19	0,8

		absolut	in %
Berufstätigkeit	arbeitslos/0-Kurzarbeit	144	5,9
	Rentner/Vorruhestand	695	28,7
	nicht berufstätig	93	3,8
	in Berufsausbildung	32	1,3
	in Schulausbildung	126	5,2
	weniger als 750 €/Monat	93	3,9
Haushaltseinkommen	750 bis < 1250 €/Monat	353	14,9
	1250 bis < 2000 €/Monat	646	27,3
	2000 bis < 3500 €/Monat	761	40,6
	ab 3500 €/Monat	322	17,2
Kirchenzugehörigkeit	nein	687	28,4
	ja	1734	71,6
Ostdeutsche		503	20,7
Westdeutsche		1929	79,3

Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014

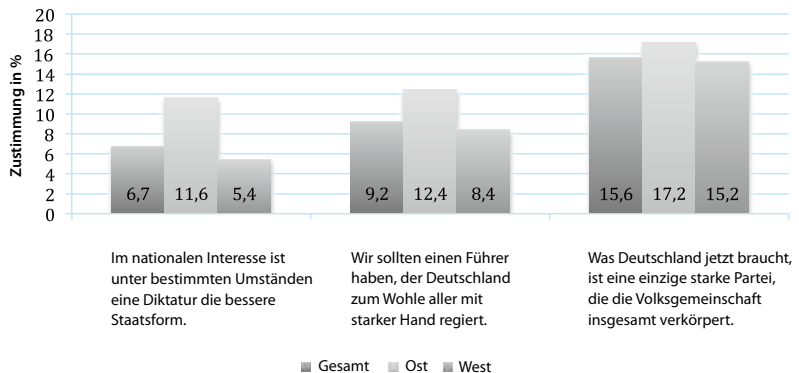
In Tabelle 2 finden sich die Zustimmungswerte zu allen Items des Rechtsextremismusfragebogens in der Leipziger Form (Decker et al. 2013). Durch die Entscheidung für eine fünfstufigen Likert-Skalierung kann die Skala als intervallskaliert gelten.

Tabelle 2: Der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Zustimmung auf Item-Ebene in %

Rechtsextremismus		lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
01	Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	61,4	17,2	14,8	5,5	1,2
02	Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	61,9	16,5	14,2	5,7	2,1
03	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	47,2	17,11	20,1	10,7	4,9
04	Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	61,9	15,1	13,8	6,9	2,4
05	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	52,7	20,2	18,7	6,3	2,1
06	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	23	18,3	31,5	16,1	11,1
07	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß	46,8	20,2	21,4	9	2,7
08	Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	26,3	15,6	28,3	19,6	10,3
09	Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	48,3	18,8	19,8	9,5	3,7
10	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	29,4	20,1	26,4	14,1	10
11	Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	58,9	18,9	15,3	5,3	1,7
12	Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	33,6	16,9	28,1	14,8	6,6
13	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	52,3	18,7	18,8	8	2,3
14	Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	33	18,5	27,1	15,5	5,9
15	Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	63,5	12,1	15,6	5,8	3
16	Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet	29,3	17,9	25,3	17,3	10,2
17	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	51,9	18,2	19,9	8	2
18	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	52,5	17,8	20,5	6,7	2,5

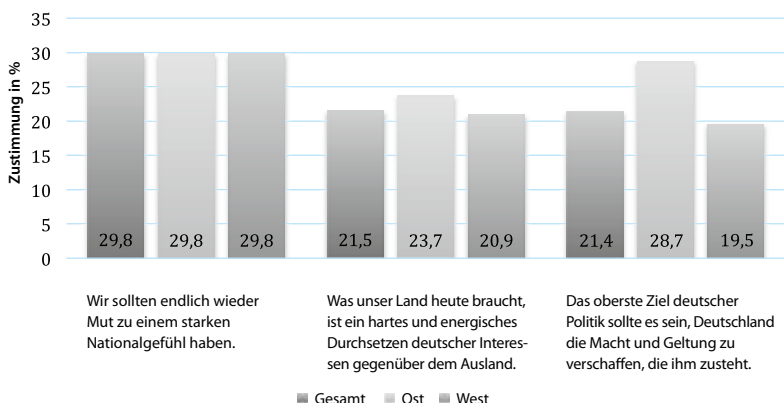
Im Folgenden bereiten wir die Ergebnisse grafisch auf und konzentrieren uns dabei auf die Zustimmung. Dazu werden je Aussage die Antwortmöglichkeiten „stimme überwiegend zu“ und „stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst. Außerdem werden die Ergebnisse für Gesamtdeutschland sowie getrennt nach Ost und West dargestellt. In Grafik 1 findet sich die Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“: Die Aussage „Im nationalen Interesse ist unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ bejahten 11,6% der Befragten in Ostdeutschland und 5,4% der Befragten in Westdeutschland. Auch die beiden anderen Fragen erfahren im Osten eine höhere Zustimmung: Einen Führer „zum Wohle aller“ wünschten sich 12,4% bzw. 8,4% und dass die „Volksgemeinschaft“ von einer einzigen starken Partei vertreten werden sollte, befürworteten 17,2% bzw. 15,2% der Befragten.

Grafik 1: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur 2014



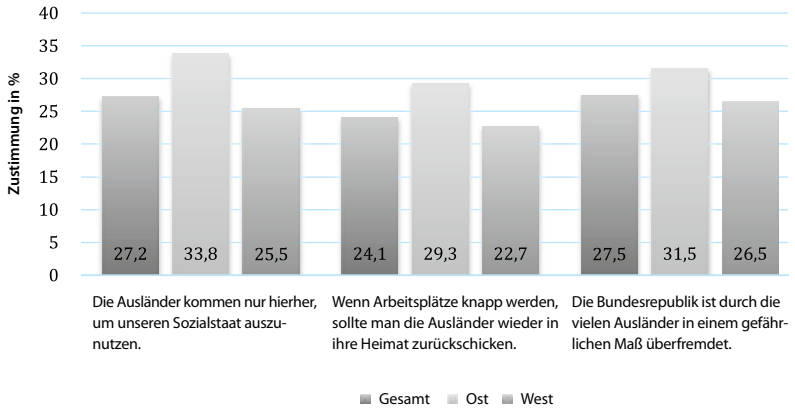
Mit der Dimension „Chauvinismus“ wurde die Überhöhung der Eigengruppe, in diesem Falle der Nation, abgefragt (vgl. Grafik 2). Wie in den Vorjahren, sind chauvinistische Aussagen für große Teile der Bevölkerung zustimmungsfähig und werden jeweils nur von der Hälfte der Befragten explizit abgelehnt („lehne überwiegend ab“, „lehne völlig ab“, vgl. Tabelle 2). Interessant ist, dass wir in dieser Dimension nur bei der letzten Aussage einen deutlichen Ost-West-Unterschied feststellen können. Die Idee, das höchste politische Ziel sollte es sein, „Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen die ihm zusteht“, teilen 28,7% der Ostdeutschen und 19,5% der Westdeutschen.

Grafik 2: Chauvinismus 2014



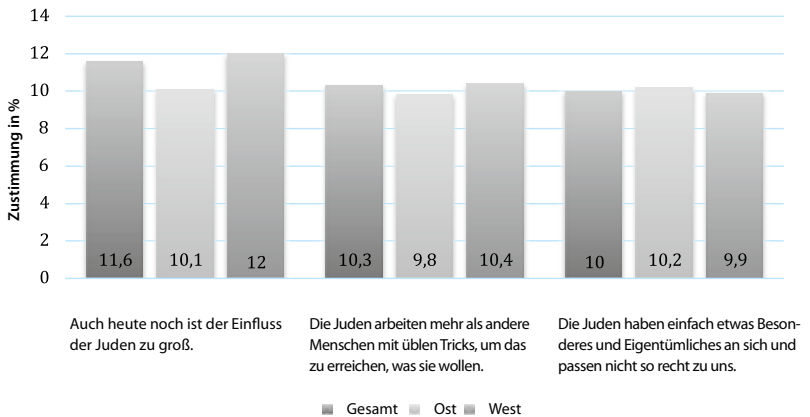
Die Überhöhung der Eigengruppe geht häufig mit der Abwertung von *out-groups* einher, also von Gruppen, die als „anders“ konstruiert werden. Häufig sind es „die Ausländer“, die in rechtsextremen, aber auch in alltäglichen Diskussionen für Missstände verantwortlich gemacht werden.

Grafik 3: Ausländerfeindlichkeit 2014



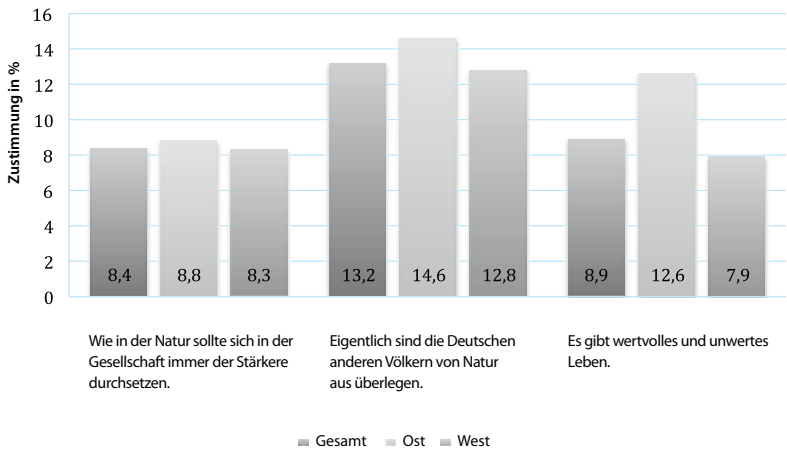
Insbesondere vor dem Hintergrund des Massenmordes an den europäischen Juden durch Deutsche und der zentralen Rolle, die der Antisemitismus für rechte Ideologien spielt, bleibt der Antisemitismus eine entscheidende Dimension. Den Aussagen stimmte jeweils etwa jeder Zehnte zu, wobei sich die Zustimmungswerte in Ost und West angenähert haben.

Grafik 4: Antisemitismus 2014



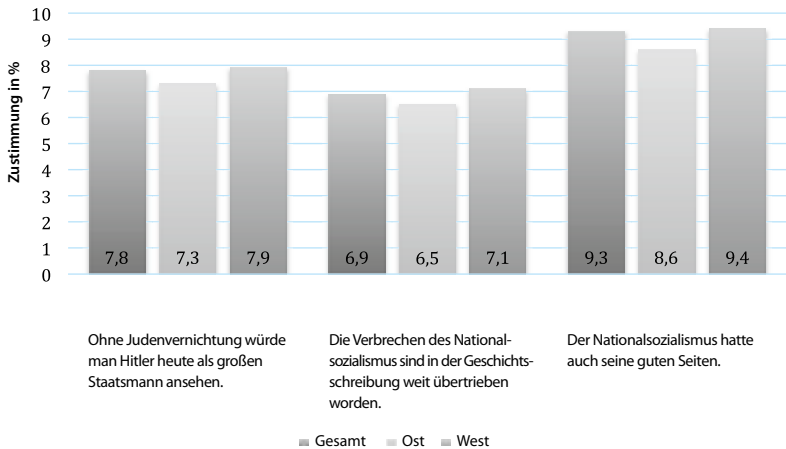
Die Dimension „Sozialdarwinismus“ erfasst – insbesondere mit der letzten Aussage „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ – den Kern der rechtsextremen Einstellung: die Ideologie der Ungleichwertigkeit, welche über alle Dimensionen zum Ausdruck kommt. In diese Dimension gehören auch die Versatzstücke eines biologistischen Rassismus, der auf „Natur“ als Ursprung von Ungleichwertigkeit (nicht Ungleichheit!) verweist.

Grafik 5: Sozialdarwinismus 2014



Mit der Verharmlosung des Nationalsozialismus werden insbesondere geschichtsrevisionistische Fragmente der rechtsextremen Ideologie abgedeckt. Zwar sind die Zustimmungswerte hier – auch im Vergleich zu den bisher vorgestellten Dimensionen – relativ niedrig (vgl. Grafik 6), aber jeder Zehnte glaubt noch immer, dass der Nationalsozialismus auch „seine guten Seiten“ gehabt habe.

Grafik 6: Verharmlosung des Nationalsozialismus 2014



Für die folgenden Auswertungen haben wir die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen pro Dimension zusammengefasst. Die Tabellen geben jeweils den Prozentsatz der Befragten an, die im Durchschnitt allen drei Aussagen einer Dimension zustimmten. Die Antwortmöglichkeiten 1 („lehne völlig ab“) bis 5 („stimme voll und ganz zu“) wurden also pro Dimension addiert (Maximalwert=15). Werte über 12 wurden als Zustimmung interpretiert. In diesen Fällen liegt eine manifeste Einstellung vor, die über die Zustimmung zu einer Einzelaussage hinausgeht.

Betrachtet man die Werte in den Dimension nach Ost und West (vgl. Tabelle 3), so ergibt sich folgendes Bild: Die ostdeutschen Befragten sind häufiger chauvinistisch, ausländerfeindlich und sozialdarwinistisch eingestellt und befürworten häufiger eine rechtsautoritäre Diktatur. Westdeutsche dagegen äußerten sich häufiger antisemitisch und erreichten auch in der Dimension „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ einen höheren Wert.

Tabelle 3: Rechtsextreme Einstellung in West- und Ostdeutschland (in %)

	Gesamt	Ost (N=503)	West (N=1929)
Befürwortung Diktatur **	3,6	5,6	3,1
Chauvinismus **	13,6	15,8	13
Ausländerfeindlichkeit **	18,1	22,4	17
Antisemitismus	5,1	4,5	5,2
Sozialdarwinismus *	2,9	4,6	2,5
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,2	1,2	2,5

Signifikante Unterschiede nach Pearson: * $p < .05$; ** $p < .01$

Schlüsselt man die Zustimmung nach dem höchsten erreichten Bildungsabschluss der Befragten auf, bestätigt sich der große Einfluss niedriger Bildung auf die rechtsextreme Einstellung. Bei Nicht-Abiturienten sind die Zustimmungswerte mehr als dreimal so hoch wie bei denen, die mindestens das Abitur erreicht haben.

Tabelle 4: Rechtsextreme Einstellung in Abhängigkeit von der Bildung (in %)

	Abitur (N=470)	ohne Abitur (N=1962)
Befürwortung Diktatur *	1,9	4,1
Chauvinismus **	4,9	15,7
Ausländerfeindlichkeit **	6,8	20,8
Antisemitismus **	0,9	6,1
Sozialdarwinismus **	1,1	3,4
Verharmlosung Nationalsozialismus **	0,4	2,7

Signifikante Unterschiede nach Pearson: * $p < .05$; ** $p < .01$

Tabelle 5, die die Ergebnisse nach dem Geschlecht der Befragten differenziert, gibt ein weiteres erwartbares Ergebnis wieder. In den ersten vier Dimensionen und besonders deutlich beim Chauvinismus erreichen Männer weit höhere Zustimmungswerte als Frauen. Beim Sozialdarwinismus und bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus liegen allerdings die Werte der Frauen etwas höher als bei den Männern. Rechtsextremismus ist kein „männliches“ Problem – das ist in der Forschung in den vergangenen Jahren immer wieder betont worden. Auch für die rechtsextreme Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ scheint das zu gelten, denn mit Beate Zschäpe sitzt eine mutmaßliche Mittäterin auf der Anklagebank.

Tabelle 5: Rechtsextreme Einstellung in Abhängigkeit vom Geschlecht (in %)

	Männer (N=1133)	Frauen (N=1299)
Befürwortung Diktatur	4,1	3,2
Chauvinismus**	16	11,5
Ausländerfeindlichkeit	19,6	16,7
Antisemitismus	5,8	4,4
Sozialdarwinismus	2,8	3
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,2	2,3

Signifikante Unterschiede nach Pearson: * p < .05; ** p < .01

Wertet man die Ergebnisse bezogen auf das Alter der Befragten aus, überraschen die Befunde. Während Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus bei den Befragten über 60 Jahren am stärksten ausgeprägt sind, sind die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, der Sozialdarwinismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus Sache der Jüngeren und bei der Gruppe der 14- bis 30-Jährigen am stärksten ausgeprägt.

Tabelle 6: Rechtsextreme Einstellung in Abhängigkeit vom Alter (in %)

	14 – 30 (N=442)	31 – 60 (N=1259)	älter 60 (N=731)
Befürwortung Diktatur	4,6	3,1	4
Chauvinismus	12,8	13,1	14,8
Ausländerfeindlichkeit	14,8	18	20,2
Antisemitismus	4,4	4,8	5,9
Sozialdarwinismus	3,7	2,9	2,6
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,5	2,3	2,1

Unterschiede nach Pearson nicht signifikant.

Tabelle 7 zeigt, wie sich die Zustimmung zu den sechs Dimensionen nach dem Erwerbsstatus der Befragten unterscheidet. Befragte in Schul-/Berufsausbildung warteten mit den niedrigsten Zustimmungswerten auf, Ruheständler mit den zweithöchsten. Im Mittelfeld bewegten sich die Erwerbstätigen und Nicht-Berufstätigen, während arbeitslose Befragte von allen Erwerbsgruppen am häufigsten zustimmten – allerdings mit einem nur geringen Abstand zu den Ruheständlern. Interaktionen zwischen Alter, Berufstätigkeit und Bildung sind anzunehmen.

Tabelle 7: Rechtsextreme Einstellung in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus (in %)

	Schul-/ Berufsausbildung (N=177)	Erwerbstätige (N=1314)	Arbeitslos (N=144)	Hausfrau/ Hausmann (N=93)	Ruhestand (N=695)
Befürwortung Diktatur	2,9	3,4	5,6	-	4,3
Chauvinismus	10,9	12,8	16,1	11	15,3
Ausländerfeindlichkeit **	9,7	17,6	23,1	13,2	20,6
Antisemitismus *	3,5	4	9,1	8,9	5,9
Sozialdarwinismus	1,7	3,2	2,8	2,2	2,9
Verharmlosung Nationalsozialismus	0,6	2,4	3,5	1,1	2,2

Signifikante Unterschiede nach Pearson: * p < .05; ** p < .01

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre (Sonntagsfrage). Tabelle 8 gibt Auskunft über die rechtsextreme Einstellung der Parteianhänger. Zunächst ist der Blick auf die beiden Volksparteien aufschlussreich: Personen, die angaben, die CDU oder die SPD wählen zu wollen, waren in etwa so rechtsextrem eingestellt wie der Gesamtdurchschnitt (vgl. Tab. 3). Interessant ist auch ein Blick auf die Anhänger der Grünen und der Linken. Mit 15,2% liegt der Chauvinismus unter den Grünen-Anhängern etwas über dem Durchschnitt, bei den Linken liegen Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus leicht unter dem Durchschnittswert. Weniger überraschend sind die überdurchschnittlichen Werte bei den Nichtwählern. Insbesondere die Einstellung der Wähler der Alternative für Deutschland ist interessant, weil diese Partei zum ersten Mal in die Erhebung eingegangen ist. Fast jeder dritte AfD-Wähler ist chauvinistisch und jeder zweite ausländerfeindlich. Auch Antisemiten finden sich nur noch häufiger bei den Wählern rechtsextremer Parteien.

Tabelle 8: Anteil von Personen mit rechtsextremem Einstellungspotential unter den Parteiwählern (in %)

	CDU/CSU (N=530)	SPD (N=501)	FDP (N=36)	Grüne (N=168)	Die Linke (N=155)	Rechte (N=23)	Nichtwähler (N=362)	Piratenpartei (N=29)	AFD (N=52)	Unentschlossene (N=298)
Befürwortung Diktatur	2,1	2,8	2,8	-	2,9	26,1	5,3	3,5	7,7	5,7
Chauvinismus	12,5	14,5	13,9	6	12,3	47,8	15,7	6,9	28,9	13,1
Ausländerfeindlichkeit	17,1	17,9	8,3	6	16,9	69,6	23,3	10,3	50	16,4
Antisemitismus	5,3	5,2	-	2,6	3,9	22,7	6,5	-	13,5	4
Sozialdarwinismus	4	3,2	-	-	0,7	17,4	3,6	-	1,9	1,7
Verharmlosung Nationalsozialismus	1,7	3	2,8	-	1,3	21,7	1,4	-	11,5	1,7

Um den Anteil an manifest rechtsextrem eingestellten Probanden bestimmen zu können, haben wir einen Grenzwert festgelegt. Wenn Probanden einen Wert größer 63 erreichen, also durchschnittlich einen Wert von 3,5 je Aussage des Fragebogens, gehen wir von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild aus (Decker et al. 2013a). Bundesweit trifft dieser Befund auf 5,6% (N=179) der Befragten zu. Wer ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hat, neigt häufiger den beiden großen Volksparteien zu.

Tabelle 9: Was wählen Rechtsextreme? (Gesamtdeutschland, in %)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Rechte	Nichtwähler	Piratenpartei	AFD	Unentschlossene
Grenzwert > 63 (N=179)	21,4	24,6	-	-	7,1	6,3	23	-	6,3	8,7

Tabelle 10 schließlich stellt die rechtsextreme Einstellung nach Zugehörigkeit zu den beiden großen christlichen Konfessionen bzw. bei Konfessionslosigkeit dar. Die katholischen Befragten stimmen in allen Dimensionen mit Ausnahme des Sozialdarwinismus am häufigsten zu, während die Konfessionslosen beim Sozialdarwinismus am häufigsten und beim Antisemitismus am seltensten rechtsextreme Positionen teilten.

Tabelle 10: Rechtsextreme Einstellung in Abhängigkeit von der Kirchenzugehörigkeit (in %)

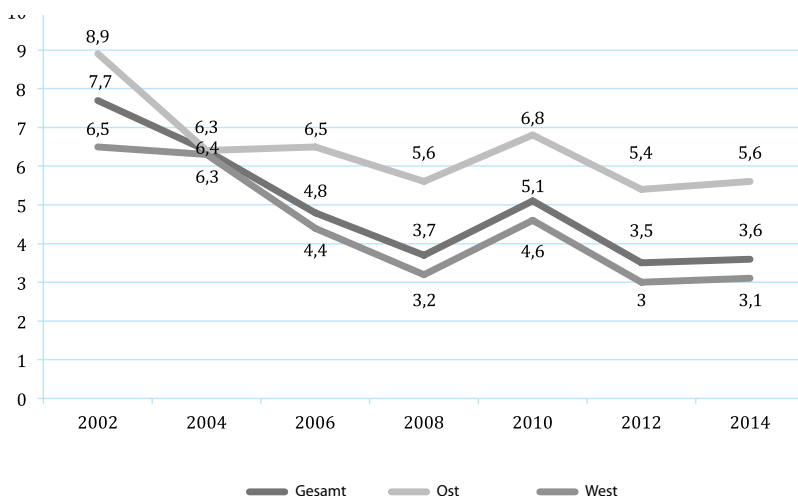
	Evangelisch N=905	Katholisch N=773	Keine Konfession N=687
Befürwortung Diktatur	3,1	4,2	3,7
Chauvinismus	12,9	15,5	12,8
Ausländerfeindlichkeit *	17,9	21,5	15,7
Antisemitismus	5,4	5,7	3,9
Sozialdarwinismus	2,2	3,1	3,7
Verharmlosung Nationalsozialismus*	1,5	3,4	1,9

Signifikante Unterschiede nach Pearson: * p < .05; ** p < .01

Die Ergebnisse der Erhebungen von 2002 bis 2014 im Zeitverlauf

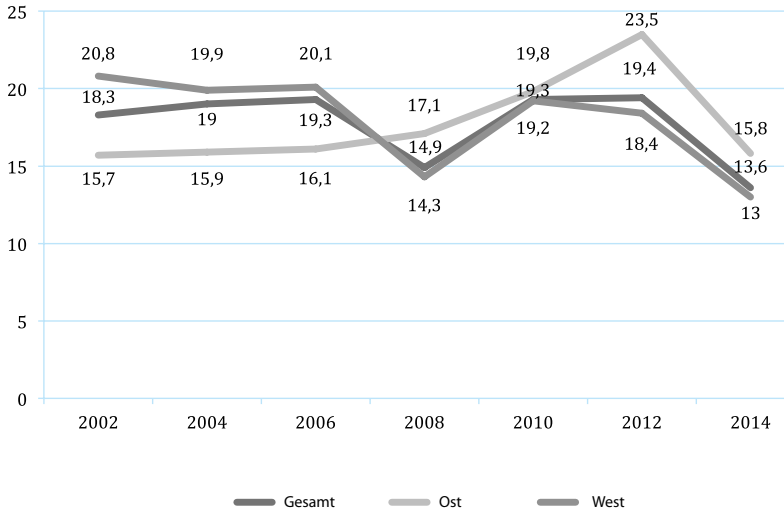
Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig erfassen seit zwölf Jahren die rechtsextreme Einstellung in Deutschland und sind daher geeignet, Langzeittrends abzubilden. Im Folgenden soll die Entwicklung der sechs Dimensionen dargestellt werden, beginnend mit Grafik 7, welche die Zustimmungswerte bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur zeigt. Insgesamt verläuft der Trend klar absteigend, wobei die Werte in Westdeutschland kontinuierlich geringer ausfallen als im Osten Deutschlands.

Grafik 7: Die Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ im Zeitverlauf 2002–2014



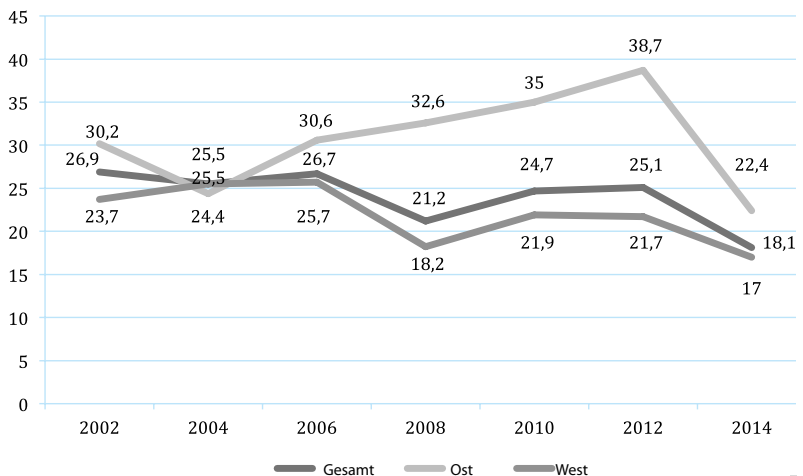
Der Chauvinismus war in Ostdeutschland von 2002 bis 2012 auf 23,5% angestiegen – jeder Vierte hatte sich demnach manifest chauvinistisch gezeigt. 2014 ist dieser Wert erstmals wieder zurückgegangen, und zwar bis auf das Niveau von 2002 (vgl. Grafik 8). In Westdeutschland war in den zurückliegenden zwölf Jahren eine Auf- und Abbewegung zu verzeichnen, die 2014 in den niedrigsten Wert (13%) seit Beginn der Erhebungen mündete.

Grafik 8: Die Dimension „Chauvinismus“ im Zeitverlauf 2002–2014



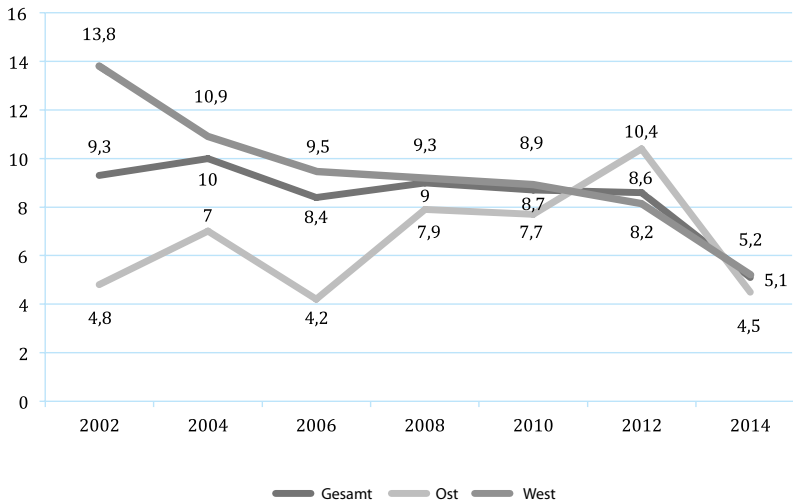
Wie 2012 ist auch 2014 die parallele Entwicklung von Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit auffällig. So ist die Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland nach dem Hoch 2012 (38,7% – über alle drei Aussagen) stark zurückgegangen, während der Rückgang in Westdeutschland gering ausfällt (vgl. Grafik 9).

Grafik 9: Die Dimension „Ausländerfeindlichkeit“ im Zeitverlauf 2002–2014



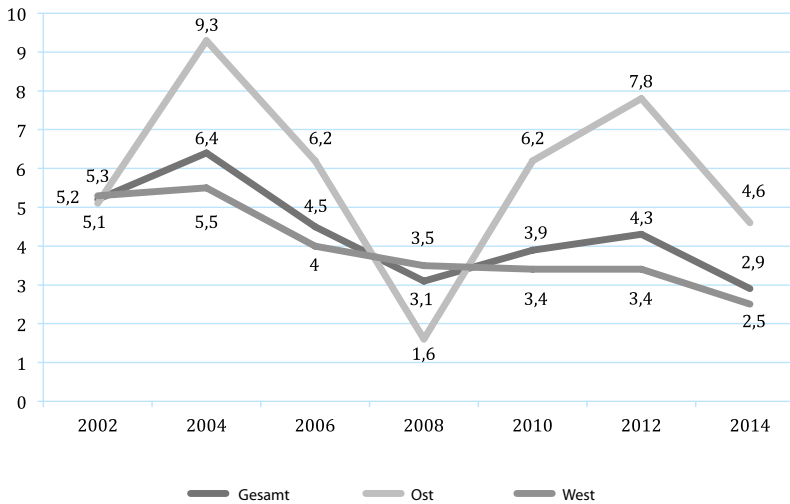
Auch die Dimension Antisemitismus verzeichnete in der aktuellen Erhebungswelle einen deutlichen Rückgang, besonders in Ostdeutschland (vgl. Grafik 10). Insgesamt hat sich die Ost-West-Annäherung in dieser Dimension, die zu Beginn unserer Zeitreihe eine höhere Prävalenz des Antisemitismus in Westdeutschland aufwies, stabilisiert.

Grafik 10: Die Dimension „Antisemitismus“ im Zeitverlauf 2002–2014



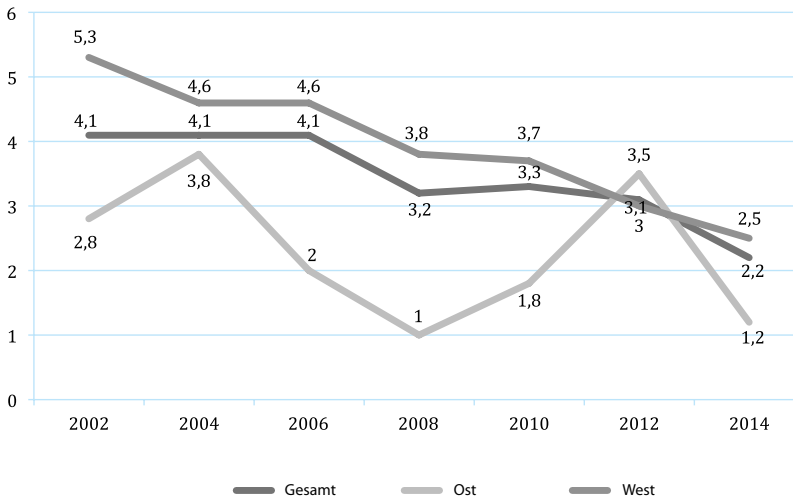
Weniger eindeutig ist das Bild beim Sozialdarwinismus. In Westdeutschland zeigt sich von 2004 bis 2014 eine leicht abfallende Tendenz. In Ostdeutschland dagegen schwankt der Wert beträchtlich und liegt 2014 mit 4,6% etwa in der Mitte zwischen der höchsten Ausprägung 2004 (9,3%) und der niedrigsten 2008 (1,6%).

Grafik 11: Die Dimension „Sozialdarwinismus“ im Zeitverlauf 2002 – 2014



Dieses Bild wiederholt sich bei der Dimension „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ (vgl. Grafik 12). Dem relativ stetigen, leicht abnehmenden Verlauf in Westdeutschland stehen starke Schwankungen in Ostdeutschland gegenüber. 2014 ist der Gesamtwert so niedrig wie nie zuvor in den „Mitte“-Studien.

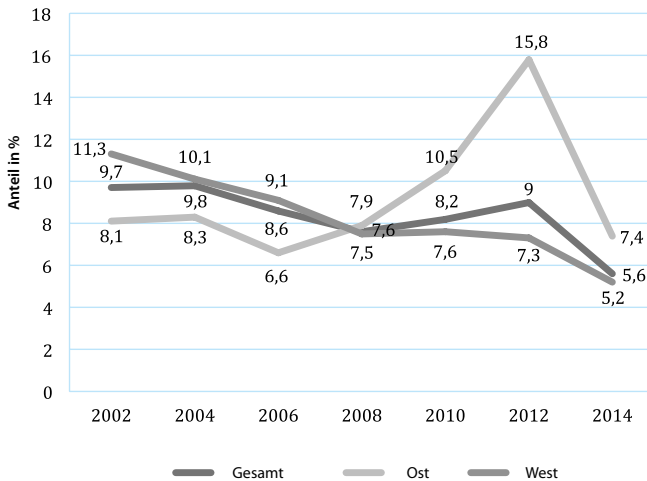
Grafik 12: Die Dimension „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ im Zeitverlauf 2002–2014



In Grafik 13 ist der Zeitverlauf für die rechtsextreme Einstellung als Gesamt-konstrukt dargestellt. Hierfür wurde ein Durchschnittswert gebildet, so dass jeweils der Prozentsatz derjenigen Befragten angegeben ist, die im Durchschnitt allen 18 Aussagen des Fragebogens zustimmten. Dafür wurden die Antwortmöglichkeiten 1 („lehne völlig ab“) bis 5 („stimme voll und ganz zu“) addiert (Maximalwert=90). Ab einem Wert größer 63 sprechen wir von einem manifest rechtsextremen Weltbild.

Entsprechend dem Verlauf in den einzelnen Dimensionen zeigte sich auch hier über die Jahre bis 2012 ein massiver Anstieg bei den Befragten in Ostdeutschland, insbesondere zwischen den Jahren 2010 und 2012. War die rechtsextreme Einstellung als manifestes Weltbild 2004 bis 2006 noch stärker in Westdeutschland anzutreffen, so wendete sich in den Folgejahren das Blatt. Mit 15,8% erreichten die Ostdeutschen 2012 den höchsten Wert – 2014 jedoch den geringsten Wert seit Beginn der Erhebungen. Die Häufigkeit von Menschen mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild unterscheidet sich 2014 nicht signifikant zwischen Ost- und Westdeutschland.

Grafik 13: Die manifest rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf 2002–2014



Die Abwertung von Muslimen und Musliminnen, Sinti, Roma und Flüchtlingen und die autoritäre Orientierung

In die diesjährige Befragung sind zusätzliche Items eingeflossen, darunter je zwei zur Islamfeindschaft und zur Abwertung von Asylbewerbern sowie drei für den Antiziganismus. Diese sieben Items wurden zuvor schon von der Bielefelder Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer eingesetzt, so dass wir unsere Ergebnisse mit deren Daten von 2011, für die Islamfeindschaft sogar mit den Daten von 2009 bis 2011, vergleichen können (vgl. Tabelle 12).

In der „Mitte“-Studie von 2012 haben wir uns ausführlich mit der Islamfeindschaft beschäftigt (Decker et al. 2012). Damals konnten wir herausarbeiten, dass es eine klare Grenze zwischen Religionskritik und Islamfeindschaft, die auf Ressentiments beruht, gibt. Außerdem wurde deutlich, dass die Islamfeindschaft das neue Gewand des Rassismus ist: nun wird (vordergründig) nicht mehr biologistisch argumentiert, sondern die vermeintliche Rückständigkeit der islamischen Kultur thematisiert. Damit bricht der kulturalis-

tische Rassismus wichtige Tabus, wie schon von der Kommunikationslatenz des primären Antisemitismus bekannt. Auch deshalb überrascht es nicht, dass sich im Zeitvergleich ein deutlicher Anstieg in der Islamfeindschaft zeigt: jeder dritte Deutsche findet, Muslimen und Musliminnen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden, und 42,7% der Befragten fühlen sich „wie ein Fremder im eigenen Land“. Die Datensätze der Bielefelder Studie sind durch telefongestützte Interviews, die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig durch fragebogengestützte Face-to-face-Befragungen in den Haushalten der Befragten zustande gekommen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Erhebungsmethoden sind sie nur eingeschränkt vergleichbar, doch ist der Anstieg so ausgeprägt, dass er nicht allein auf methodische Differenzen zurückzuführen ist.

Ähnlich deutlich stieg auch der Antiziganismus zwischen 2011 und 2014. Die öffentliche Debatte der letzten Monate zur Aufhebung der Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit für bulgarische und rumänische Staatsangehörige und zur „Armutszuwanderung“ erklärt (neben langfristigen Entwicklungslinien, vgl. Bogdal 2011; End, Herold & Robel 2009), warum sich die abwertenden Aggressionen gerade auf die Gruppe der Sinti und Roma konzentrieren: Anlass und Gegebenheiten vorausgesetzt, erscheint das Ziel der Abwertung austauschbar, während die dahinterstehende Ideologie der Ungleichheit und ihre Ursachen unverändert fortbestehen.

Zuletzt sind in Tabelle 11 zwei Items zu Abwertung von Asylbewerbern aufgelistet. Hier ist zu beachten, dass das erste Item negativ codiert wurde: Dargestellt ist der Prozentsatz der Ablehnung zur Aussage „Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein“. Drei von vier Befragten lehnten dies ab. Der extreme Anstieg von 25,8% auf 75,4% korreliert mit der in den vergangenen Jahren gestiegenen Zahl von Asylanträgen, etwa angesichts des syrischen Bürgerkriegs. Dennoch vermuten mehr als die Hälfte der Befragten, dass die meisten Asylbewerber in ihrer Heimat nicht wirklich verfolgt werden. Auch hier ist der Anstieg seit 2011 evident, wenn auch moderater.

Tabelle 11: Abwertung von Muslimen, Sinti, Roma und Asylbewerbern; Prozentsatz derjenigen, die den Aussagen „eher“ oder „voll und ganz“ zugestimmt haben in %; für die Jahre 2009–2011 Daten aus Heitmeyer 2012, 38–40

	2009 (Heitmeyer 2012)	2010 (Heitmeyer 2012)	2011 (Heitmeyer 2012)	2014
Islamfeindschaft				
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	21,4	26,1	22,6	36,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	32,2	38,9	30,2	43
Antiziganismus				
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	-	-	40,1	55,4
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.	-	-	27,7	47,1
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	-	-	44,2	55,9
Abwertung von Asylbewerbern				
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein. (hier: Prozentsatz der Ablehnung)	-	-	25,8	76
Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.	-	-	46,7	55,3

Vom Rückgang des rechtsextremen Einstellungspotenzials in Deutschland, wie wir ihn weiter oben feststellen konnten, scheinen einige Gruppen nicht zu profitieren. Im Gegenteil, die Abwertung bündelt sich bei Muslimen und Musliminnen, Sinti und Roma sowie Asylbewerberinnen. Bei der Islamfeindschaft zeigt sich beim zweiten Item („Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“) ein deutlicher Unterschied zwischen den Befragten aus den alten und den neuen Bundesländern (ohne Abbildung): 45,4% der Befragten aus dem Westen, aber nur 33,9% derer aus dem Osten stimmten dieser Aussage zu. Da in Ostdeutschland bekanntermaßen nur wenige Menschen muslimischen

Glaubens leben, ist die Überfremdungsangst diffuser als in Westdeutschland. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Abwertung von Asylbewerbern: gleich 84,7% der Befragten in Ostdeutschland finden es nicht wünschenswert, dass der Staat bei der Prüfung von Asylanträgen großzügig sei.

Zudem wurde 2014 wieder der Autoritarismusfragebogen in der Kurzform von Schmidt, Stephan & Herrmann verwendet (1995). Daher lassen sich die Ergebnisse der aktuellen Erhebungswelle mit denen der Jahre 2012 und 2006 vergleichen und Trends abschätzen (Tabelle 12). Dabei wird deutlich, dass die personenbezogene autoritäre Orientierung (Autoritäre Unterwürfigkeit) in Deutschland über die Jahre zurückgeht. Das gilt jedoch nicht für die Autoritäre Aggression, die noch immer bei über der Hälfte der Befragten Zustimmung erfährt.

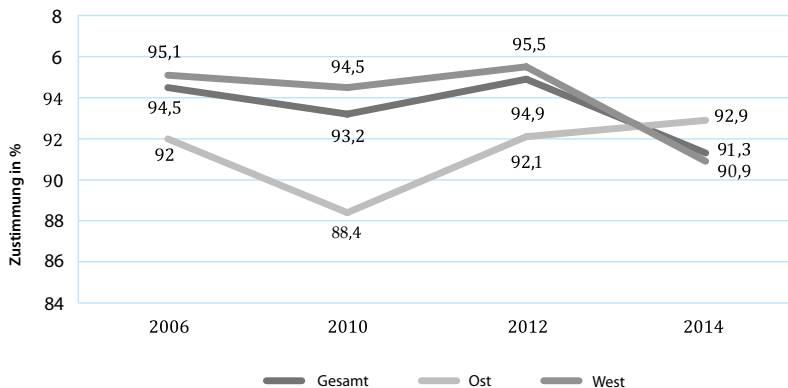
Tabelle 12: Autoritäre Orientierung im Zeitverlauf 2006–2014

Autoritäre Unterwürfigkeit	2006	2012	2014
Wichtigste Eigenschaft: unbedingter Gehorsam gegenüber der Autorität	27,8	24,1	21
Dankbarkeit für führende Köpfe	23,7	24	19,5
Gehorsam gegenüber den Eltern dem Kind dienlich	20,5	24,4	18,6
Autoritäre Aggression	2006	2012	2014
Kriminalität und sexuelle Unmoral lassen es unumgänglich erscheinen, mit gewissen Leuten härter zu verfahren	58,8	65,1	52,1
Zustimmung zu allen Aussagen des Fragebogens	17	17,5	15,3

Befürwortung der Demokratie

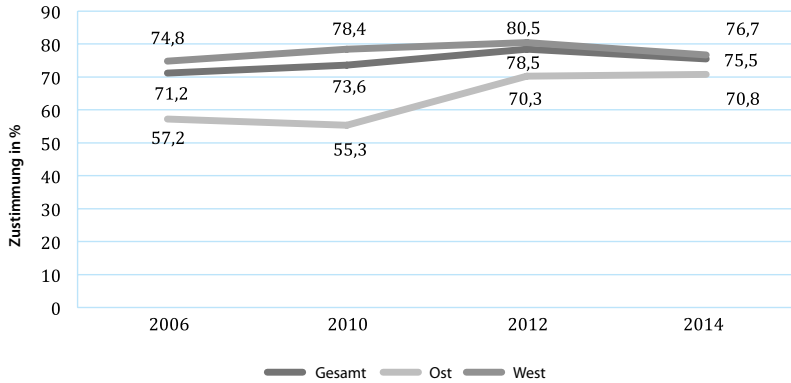
Die rechtsextreme Einstellung ist eine demokratiefeindliche Einstellung da sie die grundlegende Voraussetzung einer pluralen Gesellschaft, die Gleichwertigkeit aller Menschen, ablehnt. Daher ist die demokratische Einstellung wohl das beste Mittel gegen die rechtsextreme Ideologie. Wie schon in den Erhebungswellen 2006, 2010 und 2012 haben wir auch 2014 nach der Befürwortung der Demokratie gefragt (vgl. Grafik 14). Im Ergebnis zeigt sich, dass die Demokratie als Idee im Osten stabil wachsenden Zuspruch findet, im Westen allerdings etwas an Akzeptanz verloren hat. Insgesamt bleibt der Begriff der Demokratie positiv besetzt und die Zustimmung auf hohem Niveau (90% in der vierten Erhebung, 2014).

Grafik 14: Zustimmung zu „Demokratie als Idee“ im Zeitverlauf (in %)



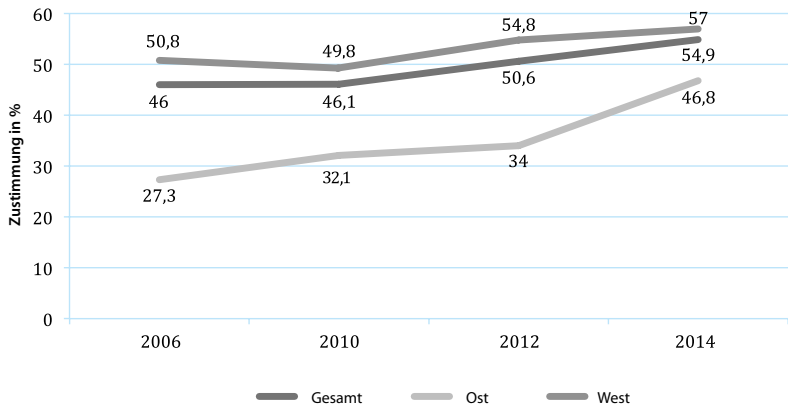
Ein fast ebenso positives Bild zeigt sich in Grafik 15: Die verfassungsmäßige Demokratie findet nach einem Anstieg, den wir 2012 besonders im Osten verzeichnen konnten, bundesweit hohe und stabile Akzeptanz (in der vierten Erhebungswelle liegt der Prozentsatz der Zustimmung bei 75,5%).

Grafik 15: Zustimmung zu „Demokratie wie in Verfassung festgelegt“ im Zeitverlauf (in %)



Die dritte Frage erfasste die Einstellung der Probanden zur „Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland wie sie tatsächlich funktioniert“. Obwohl dieses Item schon in den vorherigen Erhebungen eine schwächere Zustimmung erfuhr, als die beiden anderen Fragen, zeichnet sich doch ein kontinuierlicher Anstieg ab, der insbesondere im Osten mit einer Entwicklung von 27,3 % auf 46,6 % eindrucksvoll ist.

Grafik 16: Zustimmung zu „Demokratie wie sie in der BRD funktioniert“ im Zeitverlauf (in %)



Akzeptanz der Europäischen Union

Schließlich wurde in der aktuellen Untersuchung die Einstellung der Befragten zur Europäischen Union (EU) erhoben (vgl. Tabelle 13). Nicht ganz die Hälfte von ihnen fand, dass die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU „eine gute Sache“ sei, während ihr etwa jeder Zehnte bescheinigt, sie sei „eine schlechte Sache“. Interessant ist, dass die Ostdeutschen weniger als die Westdeutschen davon überzeugt sind, dass die EU Deutschland Vorteile bringe (42,8% Zustimmung im Westen bei 36% Zustimmung im Osten). Bei der Frage nach dem Bild, das die EU bei den Probanden hervorruft, fällt auf, dass weniger als 20% angaben, ein „ziemlich negatives“ oder „sehr negatives“ Bild von der EU zu haben. Etwa ein Drittel der Befragten hat allerdings weder ein positives noch ein negatives Bild von der EU. Insgesamt lässt sich also keine große Leidenschaft für die EU konstatieren, doch von grassierender Europamüdigkeit kann ebenso wenig die Rede sein.

Tabelle 13: Einstellungen zur Europäischen Union in Ost- und Westdeutschland (in %)

		Gesamt	Ost (N=503)	West (N=1929)
Ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach	eine gute Sache	44,9	43,5	45,2
	weder gut noch schlecht	30,9	32,6	30,5
	eine schlechte Sache	12,1	11,5	12,3
	weiß nicht	11,7	12,3	11,6
Hat Ihrer Meinung nach Deutschland insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder ist das nicht der Fall?	Vorteile	42,8	36	44,6
	ist nicht der Fall	30,8	37,2	29,2
	weiß nicht	25,9	26,8	25,6

		Gesamt	Ost (N=503)	West (N=1929)
Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?	sehr positiv	8,1	4,8	9
	ziemlich positiv	31,5	31,2	31,6
	weder positiv noch negativ	31,6	31,4	31,6
	ziemlich negativ	12,1	15,9	11,1
	sehr negativ	5,2	4,4	5,4
	weiß nicht	10,9	12,1	10,5

Für alle drei Fragen zur EU haben wir den statistischen Zusammenhang zur rechtsextremen Einstellung bestimmt: Die EU-Skepsis ist generell mit erhöhten Werten im Rechtsextremismusfragebogen verbunden (Tabelle 14). Für die Items zu Islamfeindschaft, Abwertung von Sinti und Roma sowie Abwertung von Asylbewerbern zeigen sich durchgehend signifikante Zusammenhänge (ohne Abbildung). 64,1 % der Befragten, die die EU für eine gute Sache halten, fühlen sich durch die Anwesenheit von Muslimen und Musliminnen auch nicht als Fremde im Land. Diejenigen, welche die EU für eine schlechte Sache halten, lehnen dieselbe Aussage nur zu 33,3 % ab.

Tabelle 14: Einfaktorielle Varianzanalyse – Gesamtskala Rechtsextremismus und EU-Skepsis (Mittelwerte, Minimum = 18, Maximum = 90)

Ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine				
gute Sache?		weder eine gute noch schlechte Sache?		keine gute Sache?
32,4 *		39,8 *		49,5 *
Hat Ihrer Meinung nach Deutschland insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder ist das nicht der Fall? (Vorteile)				
Vorteile		weiß nicht		ist nicht der Fall
32 *		39,6 *		44 *
Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein ... Bild hervor?				
sehr positives	ziemlich positives	weder positives noch negatives	ziemlich negatives	sehr negatives
26,9 *	32,9 *	38,9 *	45,4 *	51,7 *

* = Signifikant nach Scheffe Test auf $p < 0.5$ Niveau

Die von uns verwendeten Fragen beruhen auf den Eurobarometer-Befragungen der Europäischen Kommission.² Diese Umfragen werden seit 1973 mehrmals im Jahr durchgeführt. Verglichen mit den Daten des Eurobarometers der Jahre 1991, 2001 und 2011 (bzw. 2003 und 2011, jeweils mit Monat der Erhebung ; vgl. Tab. 15) und mit den Werten für den EU-Durchschnitt zeigt sich, dass die von uns Befragten 2014 eher weniger Vorteile durch die EU sehen und die Mitgliedschaft negativer bewerten. Die Zustimmung zur letzten Aussage ist dafür etwas höher (ohne Abb.).

2 http://ec.europa.eu/public_opinion/cf/index_en.cfm?lang=de

Tabelle 15: Einstellungen zur Europäischen Union im Vergleich (in %, Vergleichswerte nach Eurobarometer Interactive Search System)

	03 / 1991 (Eurobarometer)	01 / 2001 (Eurobarometer)	05 / 2011 (Eurobarometer)	2014 (Mitte-Studien)
Ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache?	71	48	54	44,9
Hat Ihrer Meinung nach Deutschland insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder ist das nicht der Fall? (Vorteile)	55	39	48	42,8
Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives oder ziemlich positives Bild hervor?	Erste Erhebung 11/2003: 33,6		31	39,6

IV. Zusammenfassung – Die stabilisierte Mitte

Starker Rückgang bei allen rechtsextremen Dimensionen – Weniger manifest rechtsextrem Eingestellte in Deutschland 2014

In der „Mitte“-Studie zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland 2014 wurde in allen Bevölkerungsgruppen manifest rechtsextreme Einstellung nachgewiesen. Wie schon in den vorangegangenen Erhebungen ist die Ausländerfeindlichkeit die Dimension, die auf die größte Zustimmung trifft: jeder fünfte Deutsche ist noch immer ausländerfeindlich. Die zweithöchsten Zustimmungswerte erreichen mit 13,6% chauvinistische Aussagen, und 5% der Deutschen sind antisemitisch eingestellt.

Die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen sank allerdings 2014 im Vergleich zu den bisherigen „Mitte“-Studien deutlich. Der Anteil derjenigen, die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, ist in ganz Deutschland klar zurückgegangen – von 9,7% im Jahr 2002 auf 5,6% im Jahr 2014. Die Abnahme ist zudem in allen untersuchten Dimensionen feststellbar: Befürwortung einer Diktatur, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und Chauvinismus finden in Ost- und Westdeutschland weniger Akzeptanz als noch 2012.

Mit der Erhebungswelle 2014 hat sich in den alten Bundesländern eine kontinuierliche Entwicklung fortgesetzt: Die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen sinkt. Im Osten ist ein sprunghafter Verlauf zu verzeichnen: nachdem hier die Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen von 2002 bis 2012 angestiegen waren, erreichen sie 2014 zum Teil die niedrigsten Werte seit Beginn der Messungen.

Hoher Anteil Unentschiedener bei allen rechtsextremen Aussagen

Der hohe Anteil der Antworten, der auf die Kategorie „teils/teils“ entfällt (zwischen 12% und 31%), weist allerdings auf ein höheres rechtsextremes Potential hin. Der Inhalt der Aussagen wird geteilt, doch die Antwortskalierung gestattet es, sich abgeschwächt zu äußern. Diesen Effekt konnten wir bereits in der Vergangenheit durch den Vergleich der Einstellung mit den Äußerungen in unseren Gruppendiskussionen feststellen.

Bildung immer noch wichtigster Schutz vor rechtsextremer Einstellung

Befragte mit Abitur stimmen allen Dimensionen des Rechtsextremismus-Fragebogens signifikant seltener zu als Personen mit einem niedrigeren formalen Bildungsabschluss. Der Effekt der Bildung ist deutlich: beispielsweise sind 6,8% der Menschen mit Abitur, aber 20,8% ohne Abitur ausländerfeindlich eingestellt.

Rechtsextrem Eingestellte finden sich unter den Wählern aller Parteien

Die diesjährigen Ergebnisse dokumentieren erneut, dass rechtsextreme Positionen bei den Anhängern sämtlicher politischer Parteien nachweisbar sind, und dass auch die Wählerschaft der großen Parteien SPD und CDU davon nicht ausgenommen ist. Die stärkste Anziehungskraft bei den Wählern mit einer ausländerfeindlichen, antisemitischen und chauvinistischen Einstellung haben die AfD und die rechten Parteien. Wer ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hat, neigt eher der CDU/CSU oder der SPD zu oder gehört zur Gruppe der Nicht-Wähler.

Weiterhin deutliche Ost-West-Differenzen

Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit sind in Ostdeutschland noch immer häufiger zu beobachten als in Westdeutschland. Beim Chauvinismus fällt auf, dass 28,7 % der Ostdeutschen der Meinung sind, Deutschland solle sich endlich wieder Macht und Geltung verschaffen (gegenüber 19,5 % in Westdeutschland). Auch bei der Ausländerfeindlichkeit finden wir in den neuen Bundesländern noch immer höhere Zustimmungswerte als in den alten. Dort, wo weniger Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und weniger Deutsche mit Migrationshintergrund leben, ist die Ablehnung von „Ausländern“ weiterhin höher. Der Antisemitismus erreicht in Ostdeutschland nach jahrelangem Anstieg der Zustimmung fast wieder das niedrige Ausgangsniveau von 2002. Aber auch in Westdeutschland finden antisemitische Aussagen die niedrigste Akzeptanz seit Beginn unserer Messung.

Bei jungen Erwachsenen und bei Männern finden rechtsextreme Aussagen höhere Resonanz

Parallel zum insgesamt positiven Trend wurden aber auch problematische Entwicklungslinien sichtbar. So stimmt die jüngste Altersgruppe der 14- bis 30-Jährigen bei drei der untersuchten Dimensionen des Rechtsextremismus häufiger zu als ältere Befragte: bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (4,6 %), beim Sozialdarwinismus (3,7 %) und bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus (2,5 %). Männer zeigen sich signifikant häufiger ausländerfeindlich eingestellt als Frauen. Anders als in den vergangenen Jahren finden sich aber in den anderen Dimensionen der rechtsextremen Einstellung keine signifikanten Unterschiede mehr, es sind sogar weniger Männer als Frauen sozialdarwinistisch eingestellt und sie verharmlosen geringfügig seltener den Nationalsozialismus.

Die Europäische Union wird immer noch skeptisch betrachtet

Die EU wird von den Deutschen auch 2014 immer noch skeptisch betrachtet. Nachdem das Europabarometer 1991 zunächst eine starke Euphorie dokumentierte, flachte die Begeisterung in den folgenden Jahren etwas ab. Unsere Ergebnisse aus dem Frühjahr 2014 weisen eine stabile Zustimmung zur EU bei 40 % bis 45 % der Bevölkerung aus, doch bei mehr als 50 % hat sie keine positive Resonanz. Dabei zeigt die Analyse, dass der fehlende Anklang der EU sehr stark mit der antidemokratischen Orientierung der Befragten zusammenhängt: Menschen mit rechtsextremer Einstellung und der Bereitschaft, andere Gruppen abzuwerten, lehnen deutlich häufiger die EU ab.

Überraschend hohe Abwertung von Asylsuchenden, Sinti und Roma und Muslimen

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Abwertung von Asylbewerber/innen. 84,7 % der Befragten in den neuen und 73,5 % der Befragten in den alten Bundesländern lehnen die Forderung ab, der Staat solle großzügig bei der Prüfung von Asylanträgen vorgehen. Wirkliche Verfolgung erlitten zu haben oder von ihr bedroht zu sein, gestehen nicht einmal 50 % der Deutschen in Ost wie West den Asylsuchenden zu.

Im Jahr 2014 geben sich 20 % der Deutschen als ausländerfeindlich zu erkennen, doch erfahren Asylsuchende, Muslime und Musliminnen sowie Sinti und Roma eine weit höhere Stigmatisierung. Im Vergleich zu den zuletzt 2011 von der Bielefelder Forschungsgruppe „Deutsche Zustände“ im Wilhelm Heitmeyer erhobenen Zustimmungswerten lässt sich 2014 ein deutliches Anwachsen der Islamfeindschaft und des Antiziganismus feststellen (Heitmeyer 2012, 38–40). Was aber zeichnet diese Gruppen besonders aus? Und was erfahren wir dadurch über die gegenwärtige Gesellschaft in Deutschland 2014?

V. Diskussion – Sekundärer Autoritarismus, autoritäre Aggression und starke Wirtschaft

In der Sozialforschung ist bekannt, dass die rechtsextreme Einstellung in Zeiten der wirtschaftlichen Krise zunimmt. 2014 sehen wir den umgekehrten Fall: Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich bildlich gesprochen in einer Insellage. Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung ist mit Wirtschaftswachstum und Exportsteigerung so gut wie seit Jahren nicht mehr. Dass die wirtschaftliche Situation damit auch noch in einem deutlichen Kontrast zu allen anderen Ländern in Europa steht (vgl. etwa FAZ vom 16. 5. 2014, Nr. 113, 17), akzentuiert die Entwicklung und stabilisiert die Mitte der Gesellschaft.

Daher gibt es 2014 eine gute Nachricht: Wie die Ausländerfeindlichkeit so nimmt auch die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen insgesamt ab. Aber es gibt auch eine schlechte Nachricht: Bestimmte Gruppen von Migrantinnen und Migranten werden umso deutlicher diskriminiert. Dieser Befund bedeutet zunächst, dass die Empfänglichkeit für die Ideologie der Ungleichwertigkeit weiterhin vorhanden ist, auch wenn sie im Rechtsextremismus-Fragebogen weniger stark sichtbar ist als in den Vorjahren. Um diese Ergebnisse zu interpretieren, greifen wir auf die theoretischen Annahmen zurück, die wir einleitend erörtert haben (vgl. Kap. I und II) Das bundesdeutsche Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre legitimierte die junge Demokratie durch eine starke Ökonomie und schuf gleichzeitig – als narzisstische Plombe – Ersatz für verlorene Größe (Decker et al. 2013b). Nun wird sichtbar, dass die Ökonomie mehr als eine Plombenfunktion hat. Die Identifikation mit dieser Autorität gestattet dem Einzelnen die Teilhabe an ihrer Größe und Stärke. Die Abnahme der rechtsextremen Einstellung bei gleichzeitiger Zunahme der Abwertung bestimmter Gruppen

ist nicht nur eine Verschiebung auf ein anderes Objekt. Im Ressentiment gegen bestimmte Gruppen selbst unter besten Bedingungen zeigt sich eine autoritäre Dynamik, wird ein *sekundärer Autoritarismus* erkennbar. Was landläufig als „Ökonomisierung“ kritisiert wird, ist faktisch die Durchsetzung des Primats einer sekundären Autorität. Die Unterwerfung unter eine Autorität – ob personell oder sekundär – hat stets eine psychische Wirkung. Auch die sekundäre Autorität setzt sich auf Kosten individueller Lebensentwürfe und Wünsche durch, was nicht ohne Aggressionen bei denen, die sich dieser Rationalität unterwerfen, abläuft. Zur autoritären Dynamik gehört, dass sich die Aggressionen nicht gegen die Autorität selbst richten, sondern gegen andere Objekte. 2014 sind das konkret Asylsuchende, Muslime und Muslima, Sinti und Roma.

Zu bedenken ist, dass grundsätzlich alle Menschen von Abwertung bedroht sind. Jeder Mensch kann als Angehöriger einer von der Mehrheitsbevölkerung unterscheidbaren Gruppe Stigmatisierung erfahren, wie die Bielefelder Studien „Deutsche Zustände“ gezeigt haben. Jahr um Jahr wurde der Fragebogen dieser Längsschnittuntersuchung erweitert, bis zum Ende der Studienreihe elf Gruppen ausgemacht waren, die aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft Stigmaträger waren. Sie reichten von Langzeitarbeitslosen über Obdachlose bis zu Muslimen (Heitmeyer 2012, 17). Auch die Gruppendiskussionen unserer „Mitte“-Studien haben zu entsprechenden Ergebnissen geführt: Die Erfahrung, eines besonderen Merkmals wegen diskriminiert zu werden, wurde von fast allen Teilnehmenden berichtet. Ob Arbeitslose, Frauen, Zugezogene in kleinen Gemeinden, alternative Jugendliche oder Migrantinnen, alle haben autoritäre Aggressionen auf sich gezogen (Decker, Weißmann & Rothe 2013).

Alle Gruppen, die von der Mehrheitsgesellschaft in irgendeinem Punkt abweichen, laufen demnach Gefahr, mit Ressentiments belegt und mit Aggressionen verfolgt zu werden. Doch welche spezifischen Merkmale die Stigmatisierung letztlich auslösen, ist nicht ganz beliebig, sondern das steht in engem Zusammenhang damit, was die Mehrheitsgesellschaft als Gruppe konstituiert, mit welchem gemeinsamen Ideal sie sich identifiziert. Deshalb lässt sich über das Objekt der autoritären Aggression vieles über die Mehrheitsgesellschaft erfahren. „Das Fremde“, schreibt Anthony

Giddens, „repräsentiert das Unbekannte“ (Giddens 1994, 152). Mit diesem „Fremden“ kann man unterschiedlich umgehen, beispielsweise indem man es in den Horizont des Eigenen holt, also den eigenen Zwecken unterwirft. Insgesamt manifestiert sich in der abnehmenden Zustimmung zur Ausländerfeindlichkeit auf der einen und der deutlichen Zunahme der Abwertung bestimmter Gruppen auf der anderen Seite eine Tendenz, die wir bereits 2008 festgestellt haben: die Wahrnehmung von Migrantinnen und Migranten wird dadurch bestimmt, ob sie Deutschland einen Ertrag bringen oder kulturell nahe stehen. Ein britischer Bürger oder eine polnische Ärztin sind der Diskriminierung deutlich weniger ausgesetzt als Armutsflüchtlinge (Decker et al. 2008), denn sie bringen Deutschland einen Ertrag und unterliegen demselben ökonomischen Primat wie die hiesige Mehrheitsgesellschaft.

Sieht Giddens in der Konfrontation mit dem Unbekannten die Schwierigkeit des Kontakts mit dem „Fremden“, können wir für die autoritäre Aggression erweiternd feststellen: Das Unbekannte ist oftmals das allzu Vertraute. Sinti und Roma werden als jene wahrgenommen, die sich den Regeln der Autorität nicht unterwerfen („kriminell“), sie erscheinen frei von der zurichtenden Gewalt, die die Autorität an jeder Stelle der Gesellschaft ausübt. Sie scheinen sich nicht in das ehrene Gehäuse der Hörigkeit zu zwingen und versuchen nicht, diesen Umstand durch beständige Selbstoptimierung vor sich selbst zu verschleiern. Deswegen liegt nahe, dass Sinti und Roma gerade deshalb zum Objekt der Wut werden, weil sie die Phantasie auf sich ziehen, sich der zurichtenden Gewalt der Autorität zu entziehen.

Bei der Islamfeindschaft wird eine Minderheit diskriminiert, die als *religiös* identifiziert wird. Das hat die Islamfeindschaft mit dem Antisemitismus gemeinsam. Die Abwertung von Muslimen und Musliminnen haben wir bereits vor dem Hintergrund einer nur schlecht vollzogenen Säkularisierung erklärt (Decker & Kiess 2013). Schon Max Weber wusste, dass die Zwangsstruktur der kapitalistischen Gesellschaft in direktem Zusammenhang mit einer religiösen Sehnsucht steht (Weber 1920). Es ist Eigenes, nicht Fremdes, worüber die Islamfeindschaft Auskunft gibt: über Heilserwartungen, von denen auch die modernen Gesellschaften durchdrungen sind (Decker & Kiess 2013).

Wir konnten nachweisen, dass die starke Wirtschaft mehrere psychologische Funktionen erfüllt: Erstens wirkt sie als narzisstische Plombe, zweitens ist sie an die Stelle der personellen Autorität getreten, die zuvor die autoritäre Masse konstituiert hatte. In der Gegenwartsgesellschaft herrscht ein sekundärer Autoritarismus, der die ökonomische Rationalität alternativlos macht und autoritäre Aggressionen freisetzt.

Unsere Ergebnisse bestätigen, dass die starke Ökonomie eine integrierende Funktion hat. Stärker noch als auf die materielle Out-Put-Legitimation heben wir aber auf den ideellen Ertrag ab, der die Gesellschaftsmitglieder in die bestehende Ordnung integriert. Für viele Menschen bezieht die Herrschaftsform ihre Legitimation nicht vorrangig aus der demokratischen Verfasstheit der Institutionen oder den Möglichkeiten der demokratischen Partizipation. Stellt man den dringenden Entwicklungsbedarf in Rechnung, verwundert das kaum, denn nur wenige Institutionen der Gesellschaft sind wirklich demokratisch verfasst: von Schulen, Universitäten und Betrieben kann das ebenso wenig behauptet werden wie von Behörden und der Verwaltung. Viele Deutsche meiden zudem die Agora sowohl als Ort der Teilhabe als auch der Teilnahme (Decker, Kiess & Brähler 2013 b).

Die wirtschaftliche Stärke bezieht ihre legitimierende Funktion nicht allein aus den Möglichkeiten des persönlichen Konsums. Das war weder in der Nazi- noch in der Nachkriegszeit der Fall und auch heute beobachten wir die große Bedeutung des ideellen Gewinns, den sie Deutschen aus ihrer Wirtschaftsmacht ziehen. Das Bedürfnis nach Identifikation mit Stärke und Macht kann befriedigt werden, und der Kontrast mit den europäischen Nachbarländern, die noch mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen haben, verstärkt diese stabilisierende Wirkung. Diese Form des sekundären Autoritarismus gestattet die selektive Rücknahme der Abwertung von Migrantinnen und Migranten – verhindert aber keinesfalls die Stigmatisierung und Abwertung von Menschen. Im Gegenteil, die autoritäre Aggression besteht fort, während ihr Ziel wechselt. Derzeit werden jene Gruppen zum Objekt der Aggression, von denen eine Schwächung der „starken Wirtschaft“ erwartet wird. So werden Asylsuchende als Bedrohung des Wirtschaftsstandorts wahrgenommen. Bei Sinti und Roma und Muslimen kommen dagegen Projektionen ins Spiel: Sie sind Spiegel der

eigenen abgewehrten Wünsche. So ist auch erklärbar, dass die Forderung nach Unterwerfung unter eine personelle Autorität im Fragebogen zum Autoritarismus in unserer Untersuchung abnimmt, während die autoritäre Aggression auf hohem Niveau verharrt.

Literatur

- Adorno, T. W.** (1950). Types and Syndroms. In: Adorno, T. W., Frenkel-Brunswick, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.). *The Authoritarian Personality*, 744–783. New York: Harper.
- Adorno, T. W.** (1959). Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? In: Tiedemann, R. (Hrsg.). *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 10.2*, 555–572. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswick, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N.** (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Bröckling, U.** (2007). *Das Unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Cohrs, J. C. & Ibler, S.** (2009). Authoritarianism, threat, and prejudice: An analysis of mediation and moderation. *Basic and Applied Social Psychology* 31, 81–94.
- Davidov, E.** (2009). Measurement Equivalence of Nationalism and Constructive Patriotism in the ISSP: 34 Countries in a Comparative Perspective. *Political Analysis* 17, 64–82.
- Decker, O.** (2010). Das Veralten des Autoritären Charakters. In: Decker, O., Weissmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.). *Die Mitte in der Krise - Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2010*, 29–41. Springe: zu Klampen (2012).
- Decker, O. & Brähler, E.** (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.
- Decker, O., Grave, T., Rothe, K., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E.** (2012a). Erinnerter Erziehungserfahrung und Erziehungsideale über die Generationen. Befunde aus Gruppendiskussionen und Repräsentativerhebungen. *Jahrbuch für Pädagogik*, 267–301.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E.** (2013 a). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In: Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*, 197–212. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Kiess, J.** (2013). Moderne Zeiten. In: Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*, 13–64. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E.** (2013 a). Traditionslinien der Moderne. In: Dies. (Hrsg.). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*, 97–126. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E.** (2013 b). Wo ist der Ort der Demokratie heute? Öffentlichkeit und Partizipation 2012. In: Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*, 174–185. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Weißmann, M. & Brähler, E.** (Hrsg.) (2012 b). *Die Mitte in der Krise*. Springe: zu Klampen.

- Decker, O., Rothe, K., Weissmann, M., Geissler, N. & Brähler, E.** (2008). *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Berlin: FES.
- Decker, O., Rothe, K., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E.** (2013b). Economic Prosperity as "Narcissistic Filling": A Missing Link Between Political Attitudes and Right-wing Authoritarianism. *Journal of Conflict and Violence* 7, 135 – 149.
- Decker, O., Weißmann, M. & Rothe, K.** (2013). Sozialraum: Psychische Exklusion und soziale Inklusion. Befunde aus Gruppendiskussionen. *Psychotherapie & Sozialwissenschaft* 15, 57– 86.
- Ehrenberg, A. (1998). *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt / M.: Suhrkamp (2008).
- Endrikat, K., Schafer, D., Mansel, J. & Heitmeyer, W.** (2002). Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände*, 37 – 58.
- Erdheim, M.** (1985). Die Repräsentanz des Fremden. In: Ders. (Hrsg.). *Psychoanalyse und Unbewußtheit in der Kultur*, 237-251. Frankfurt/M.: Suhrkamp (1988).
- Feldman, S. & Stenner, K.** (1997). Perceived threat and authoritarianism. *Political Psychology* 4, 741–770.
- Freud, S.** (1921). Massenpsychologie und Ich-Analyse. In: Freud, A. (Hrsg.). *Sigmund Freud – Gesammelte Werke Bd. XIII*, 71 – 161. Frankfurt / M.: Fischer.
- Fromm, E.** (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In: Ders. (Hrsg.). *Gesamtausgabe Bd. 1*, 139–187. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Geiger, T.** (1930). Panik im Mittelstand. *Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde*, 637–654.
- Giddens, A.** (1994). Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft. In: Beck, U., Giddens, A. & Lash, S. (Hrsg.). *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Frankfurt / M.: Suhrkamp (1996).
- Greenberg, J., Pyszczynski, T. & Solomon, S.** (1986). The causes and consequences of the need for self-esteem: A terror management theory. In: Baumeister, R. F. (Hrsg.). *Public self and private self*, 189–212. New York: Springer.
- Habermas, J.** (1973). *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt / M.: Fischer (1979).
- Haller, M. & Ressler, R.** (2006). National and European Identity: A Study of Their Meanings and Interrelationships. *Revue française de sociologie* 47, 817 – 850.
- Heitmeyer, W.** (Hrsg.) (1994). *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*. Frankfurt / M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W.** (2010). Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitung und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände. Folge 8*, 13 – 48. Frankfurt / M.: Suhrkamp.

- Heitmeyer, W.** (Hrsg.) (2012). *Deutsche Zustände – Folge 10*. Frankfurt / M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. & Endrikat, K.** (2008). Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für „Überflüssige“ und „Nutzlose“. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände. Folge 7*, 55–72. Frankfurt / M.: Suhrkamp.
- Herbert, U.** (2013). *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. München: C. H. Beck.
- Horkheimer, M.** (1936). Autorität und Familie. In: Schmid Noerr, G. (Hrsg.). *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften Bd. 3 – Schriften 1931 – 1936*, 336 – 417. Frankfurt / M.: Fischer.
- Jackson, P. W.** (1975). Einübung in eine bürokratische Gesellschaft: Zu Funktion der sozialen Verkehrsform im Klassenzimmer. In: Zinnecker, J. (Hrsg.). *Der heimliche Lehrplan, 19–34*. Weinheim: Beltz.
- Jonas, E. & Fritsche, I.** (2005). Terror Management Theorie und deutsche Symbole. Diffenzielle Reaktionen Ost- und Westdeutscher. *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 36, 143 – 155.
- Keupp, H., Ahbe, T., Gmür, W., Höfer, R., Mitscherlich, B., Kraus, W. & Straus, F.** (2002). *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*. Reinbek: Rowohlt.
- King, V.** (2011). Beschleunigte Lebensführung - ewiger Aufbruch. *Psyche - Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen* 65, 1061 – 1089.
- Küpper, B. & Zick, A.** (2010). Macht Armut menschenfeindlich? Zusammenhänge in acht europäischen Ländern. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände – Folge 9*, 84 – 105. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Latour, B.** (1998). *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*. Frankfurt / M.: Suhrkamp.
- Lipset, S. M.** (1959). Der ‚Faschismus‘, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte, E. (Hrsg.). *Theorien über den Faschismus*, 449–491. Köln (1984): 1967.
- Marcuse, H.** (1963). Das Veralten der Psychoanalyse. In: Ders. (Hrsg.). *Schriften Bd. 8*, Springe: Zu Klampen (2004).
- Mitscherlich, A. & Mitscherlich, M.** (1967). *Die Unfähigkeit zu Trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*. München: Pieper.
- Morgenthaler, F.** (1974). Die Stellung der Perversionen in Metapsychologie und Technik. *Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen* 28, 1077 – 1088.
- Mummendey, A.** (1985). Verhalten zwischen sozialen Gruppen. Die Theorie der sozialen Identität. In: Frey, D. & Irle, M. (Hrsg.). *Theorien der Sozialpsychologie – Bd. II: Gruppen- und Lerntheorien*, 185–216. Bern: Hans Huber.
- Neckel, S.** (2005). Die Verwilderung der Selbstbehauptung. Adornos Soziologie: Veralten der Theorie – Erneuerung der Zeitdiagnose. In: Honneth, A. (Hrsg.). *Dialektik der Freiheit. Frankfurter Adorno Konferenz 2003*, 188 – 204. Frankfurt / M.

- Pettigrew, T. F.** (2001). Summing up: Relative deprivation as a key social psychological concept. In: Walker, I. & Smith, H. J. (Hrsg.). *Relative Deprivation. Specification, Development, and Integration*, 351 – 374. Cambridge: Cambridge University Press.
- Priester, H. E.** (1936). *Das Deutsche Wirtschaftswunder*. Amsterdam: Querido Verlag.
- Rosa, H.** (2005). *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt / M.: Suhrkamp.
- Runciman, W. G.** (1966). *Relative Deprivation and Social Justice*. London: Routledge.
- Schmidt, M. G., Maes, J. & Gollwitzer, M.** (2003). Längsschnittliche Effekte relativer Deprivation und relativer Privilegierung auf Fremdenfeindlichkeit im wiedervereinigten Deutschland. In: Witte, E. H. (Hrsg.). *Sozialpsychologie politischer Prozesse*, 58 – 84. Lengerich: Pabst.
- Schmidt, P., Stephan, K. & Herrmann, A.** (1995). Entwicklung einer Kurzskala zur Messung von Autoritarismus. In: Lederer, G. S., P. (Hrsg.). *Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945–1993*, 221 – 227. Opladen: Leske + Buderich.
- Schultz, P. W., Stone, W. F. & Christie, R.** (1997). Authoritarianism and Mental Rigidity: The Einstellung Problem Revisited. *Personality and Social Psychology Bulletin* 23, 3 – 9.
- Sherif, M. & Sherif, C. W.** (1965). Research on intergroup relations. In: Klineberg, O. & Christie, R. (Hrsg.). *The social psychology of intergroup relations*, 153 – 177. New York: Holt, Rinehart & Winston.
- Simmel, G.** (1908). Exkurs über den Fremden. In: Ders. (Hrsg.). *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, 509 – 512. Berlin: Duncker & Humblot.
- Spoerer, M.** (2005). Demontage eines Mythos? Zu der Kontroverse über das nationalsozialistische „Wirtschaftswunder“. *Geschichte und Gesellschaft* 31, 415 – 438.
- Stangor, C. & Thompson, E. P.** (2002). Needs for Cognitive Economy and Self-Enhancement as Unique Predictors of Intergroup Attitudes. *European Journal of Social Psychology* 32, 563 – 575.
- Tajfel, H. & Turner, J. C.** (1979). An Integrative Theory of Intergroup Conflicts. In: Austin, G. W. & Worchel, S. (Hrsg.). *The Social Psychology of Intergroup Relations*, Monterey: Books / Cole.
- Weber, M.** (1920). Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Ders. (Hrsg.). *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen: Mohr.
- Weißmann, M. & Decker, O.** (2010). Prekarisierung und Krise. In: Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.). *Die Mitte in der Krise*, 58 – 67. Springe: zu Klampen (2012).
- Zick, A.** (1996). Die Konflikttheorie der Theorie sozialer Identität. In: Bonacker, T. (Hrsg.). *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, 409 – 426. Wiesbaden: VS.

Liste aller bisher erschienenen „Mitte“-Studien 2002–2014

Oliver Decker, Oskar Niedermayer & Elmar Brähler (2003). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin* 1, 65–77.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2005). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 42, 8–17.

Oliver Decker, & Norman Geissler, Elmar Brähler (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.

Oliver Decker, Katharina Rothe, Marliese Weißmann, Norman Geissler & Elmar Brähler (2008). *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Unter Mitarbeit von Franziska Göpner & Kathleen Pöge. Berlin: FES.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2008). *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2008*. Unter Mitarbeit von Johannes Kiess. Berlin: FES.

Oliver Decker, Johannes Kiess, Marliese Weißmann & Elmar Brähler (2010). *Die Mitte in der Krise. Springe: zu Klampen* (2012).

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (2012). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2012*. Bonn: Dietz.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (2013). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozial-psychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (2014). *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Gießen: Psychosozial (in Vorbereitung)